

Einstimmigkeit, und einstimmig wurden entsprechende Beschlüsse gefaßt.

So weit, so gut.
Was wird nun aber aus diesen Beschlüssen? Sie wandern dahin, wo seit Jahren alle ähnlichen Beschlüsse des Reichstags hinwandern — in den Papierkorb des Bundesrats. Der Reichstag beschließt, und der Bundesrat, d. h. Fürst Bismarck verweigert. Fürst Bismarck, der trotz seiner Antipathie gegen die Manufakturleute doch in Bezug auf den Kapitalismus mancherlicher ist als die Manufakturleute, will nun einmal von einer Arbeiterkategorie nichts wissen, und — leider hat er die Macht, seinen Willen durchzusetzen gegen den Willen des Reichstags.

Anderer Volksovertretungen lassen sich eine so untergeordnete Stellung nicht gefallen, sie nehmen den Kampf auf mit Regierungen, die der Volksovertretung zuwiderhandeln, und zwingen sie, entweder das Feld zu räumen, oder sich zu unterwerfen.

Ein zweites Bild!
Die Sozialistengesetzkommission hat sich auf acht Tage verlagert, um Zeit zu Verhandlungen über die Ausweissungsfrage zu gewinnen. Es wird offen in allen Zeitungen verkündigt, die Parteien müßten zu einer Verständigung kommen, ehe das Plenum sich wieder mit dem Gesetz zu befassen habe.

Mit anderen Worten: das Schicksal des Sozialistengesetzes wird nicht in dem Parlamente, sondern hinter den Kulissen, durch Abmachungen einiger Parteiführer mit der Regierung entschieden.

Ein trauriger Parlamentarismus das, und eine traurige Volksovertretung.

Wir veröffentlichten kürzlich die Abrechnung der bei dem Fraktionsvorstand eingegangenen Gelder. Flugs kommt ein edler Antisemit und schreibt dem (antisemitischen) „Deutschen Volksblatt“ von einem fortschrittlich-sozialdemokratischen Bündnis, welches die Gelder eingeleistet habe. Es heißt da:

„Durch Zufall ist uns ein Ausweis in die Hand gekommen, welchen Singer, Bebel, Liebknecht und ihre rothen Parlamentariergenossen an die sozialdemokratischen Parteigänger versandt. In demselben stehen die Beiträge verzeichnet, welche vom 1. Juli bis 30. September, also innerhalb bloß dreier Monate, dem Parteifonds zugeflossen, und zwar: für den Unterstufungsband 2400 Mark, für den Wahlfonds 25 000 M. und schließlich zur Unterstützung der Elberfelder Angeklagten 900 M., zusammen 28 500 M. in drei Monaten! Nur ein kleinlicher Rechtsinn,“ heißt es weiter, „der mit der Rechtsmoral in Widerspruch sich befindet, könnte in der Zerstörung dieser Sprengmine des deutschen Staates, in der Konfiskation des Schandgeldes ein Unrecht erblicken.“

Erstens ist dieses Geheimnis, die Ausweise über die Sammlungen, wie in jedem Quartal, in allen Arbeiterblättern veröffentlicht worden, enthält also gar nichts Neues. Die Thatsache, daß die deutschen Proletarier Opfer für ihre Sache bringen, die anderen Parteien zu unterstützen, der helle Wahnsinn wäre, steht seit lange fest und der „Deutsche Volkspolitiker“ kann noch ganz andere Ausweise zu sehen kriegen, er soll nur bis zu den Wahlen warten. Wo aber so ein Antisemit Geld sieht, meint er gleich „die Juden“ haben es hergegeben; seinen eigenen Stammesgenossen traut er keinerlei Aufopferung zu, weil er eben nur die Antisemiten kennt, nicht aber das deutsche Volk.

So weit der Blödsinn! Nun aber die Infamie! „Konfiskation des Schandgeldes“ will dieser edle „Germane“, des Schandgeldes, das sich aus den abgedarbenen Pfennigen schmerzender Menschen zusammensetzt, welches sie geben in Bewußtsein, ihrer heiligen Sache zu dienen, mit all dem idealen Sinne, mit all der Hingebung, die eben nur ein wirklich hohes Ziel giebt. „Kleinlicher Rechtsinn“, törichtes Wort für einen Vertheidiger der heutigen Gesellschaftsordnung und ihrer Grundlage, des Eigentums. Heilig ist jedes Eigentum, wenn es auf Ausbeutung beruht; aber nur „kleinlicher Rechtsinn“ kann das Eigentum des Arbeiters an seinen wenigen Lohnpfennigen dulden, wenn er sie für seinen Befreiungskampf verwendet. Das ist unerschütterliche deutsche Rechtsmoral.“

Die „Börse-Ztg.“ erhält folgende „Information: Die Verhandlungen, welche Montag Abend innerhalb der konventionellen Fraktion in Sachen des Sozialistengesetzes geführt worden sind, haben noch zu keinem positiven Ergebnis geführt. Die Vorschläge der nationalliberalen Partei über eine Verständigung betreffs des freitragigen Ausweissungsparagraphen sind nicht angenommen worden. Wenn nun auch die Unterhandlungen zwischen den Parteivorständen fortgesetzt werden, so ist doch die Gefahr wieder näher gerückt, daß überhaupt kein positives Ergebnis aus den Kommissionsberatungen hervorgeht wird. Was dann geschehen soll, ist in vieler Beziehung noch unklar, umso mehr, als die Führer der nationalliberalen Partei gegenwärtig durch Berufsgeschäfte von den Reichstagsverhandlungen ferngehalten werden. So reiste Herr von Bennigsen nach Hannover zurück zur Eröffnung des Provinziallandtages.

„Aber ich liebe Dich ja!“ rief er, „sonst hätte ich Dich doch nicht genommen!“

Sie antwortete mit einem ungläubigen Kopfschütteln: Wie oft nehmen Männer Mädchen zu sich, nur um sie zu besitzen; aber ob dieselben glücklich sind, oder nicht, ist ihnen eins! Ihre Thränen sollten heißer und reichlicher: „Welch ein schönes Leben hätte sie führen können, wenn sie einem anderen Manne in die Hände gefallen wäre, dessen Arm sie immer so zärtlich um ihre Taille gefühlt! Einem Andern? Und das Bild dieses Andern tauchte aus der bitteren Thränenfluth, die ihre Augen überschwemmte. Das war vorüber! Ihr blieb nichts als der Wunsch, mit diesem bis an ihr Ende zu leben; aber wenn er sie nur weniger roh behandeln möchte!

„Versuch doch zuweilen, mit mir so lieb zu sein!“ küßte sie.

Thränen ersickten ihre Stimme. Er küßte sie von Neuem.

„Bist Du närrisch. Ich schwöre Dir, ich will immer gut sein. Ich bin ja doch nicht böser, als irgend ein anderer Mann.“

Sie blickte ihn an und dachte: Er hat vielleicht Recht, die meisten sind wohl nicht anders als er; es giebt ja so wenig glückliche Frauen! Und, obwohl sie seinem Schwure nicht viel Glauben schenkte, überließ sie sich wenigstens dem Glück, ihn in so freundlicher Stimmung zu sehen. O Gott, wenn das andauern könnte! Sie warf sich an seine Brust, und Beide umarmten sich zärtlich.

Doch Schritte kamen den Gang herauf. Es waren Kameraden, denen sie vorher begegnet und die sehen wollten, ob Rätchen's Unwohlsein vorübergegangen. Alle brachen gemeinschaftlich auf. Es war fast zehn Uhr; sie suchten ein kahles Plätzchen und frühstückten, bevor sie von Neuem an ihre beschwerliche Arbeit gehen würden.

Sie verpeisten ihren Biegel und tranken aus den blechernen Flaschen Kaffee dazu. Da drang ein dumpfes Lärmen die Gänge herauf. Was ist? Irgend ein Unfall? Sie sprangen auf, liefen den Weg hinab; Häuser, Mädchen, Burschen begegneten ihnen bei jeder Kreuzung der Gallerien; Alle riefen, fragten; Niemand wußte, was geschehen. Es

Auch die Weihnachtspause rückt in bedenkliche Nähe, da man daran festhält, daß die Ferien bereits am 14. d. M. beginnen sollen.

Also: Nichts Genaueres weiß man nicht!

In nächster Zeit ist, wie die „Nat.-Lib.-Korresp.“ meint, die Ankunft des Fürsten Bismarck in Berlin zu erwarten. Die Ankunft des leitenden Staatsmannes dürfte mit durch den Wunsch veranlaßt sein, eine Verständigung über das Sozialistengesetz herbeizuführen. Die noch immer obwaltende Unsicherheit der Aussichten in dieser Beziehung ist wesentlich durch die Unbekanntheit mit den endgültigen Entschliessungen der Regierung dieser Frage gegenüber veranlaßt,“ sagt das Blatt. — Den Nationalliberalen scheint es allgemach bange zu werden vor ihren eigenen Beschlüssen in der ersten Lesung des Sozialistengesetzes und vor dem unheimlichen Schicksal, das im Sachsenwalde herrscht. Sie vermuthen ein Ungewitter von daher und sind beunruhigt, je länger dasselbe auf sich warten läßt. Die Ungewißheit über ein unerwünschtes Eintretendes wirkt in der Regel niederdrückender, als das Uebel selbst. Daher die Sehnsucht nach dem Kanzler.

Den im letzten reichsstatistischen Monatshefte veröffentlichten Tabellen über die Ergebnisse der Bierbrauerei und Biersteuerung im deutschen Zollgebiet während des Etatsjahres 1888/89 entnehmen wir, daß im Brauereigebiet 28 655 675 Hektoliter, in Bayern 13 525 791 (Kalenderjahr 1888), in Württemberg 3 153 511, in Baden 1 508 704 und in Elsaß-Lothringen 759 258 Hektoliter Bier erzeugt sind. Die gesammte jährliche Biergewinnung im deutschen Zollgebiet beziffert sich also auf rund 48 Millionen Hektoliter. Der Bierverbrauch betrug im letzten Jahre auf den Kopf der Bevölkerung 97,9 Liter, fast genau so viel wie im Vorjahre. Der Gesamtverbrauch der Bierabgaben belief sich auf rund 74 Millionen Mark, wovon 32 Millionen auf Bayern, 27 auf das Brauereigebiet, 8 auf Württemberg, 5 auf Baden und 2 Millionen auf Elsaß-Lothringen kommen. Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen im ganzen Zollgebiet 1,54 Mark Bierabgaben, in Bayern allein 5,79 Mark, in Württemberg 3,88 Mark, in Baden 3,07 Mark, in Elsaß-Lothringen 1,24 Mark und im Brauereigebiet nur 0,72 Mark. Während im Brauereigebiet weit mehr als die Hälfte des gesammten deutschen Biers erzeugt wird, wird hier wenig mehr als ein Drittel der Bierabgaben aufgebracht.

Julis in Deutschland. Für die Ringstr.-Linie trafen wiederum eine größere Anzahl von Chinesen in Hamburg ein, schon die dritte Sendung! Ebenso kam hier ein Trupp Krug-Neger an, welche auf den Wärmann'schen Dampfern verwendet werden sollen. Letztere infallirte man bei ihrer Ankunft im hiesigen Seemannshaus, doch opponirten die dort logirenden deutschen Seeleute derauf, daß man unsere schwarzen Landsleute aus Kamerun wieder ausquartieren mußte. Sowohl die Chinesen wie die Krug-Neger sollen als Heizer und Kohlenleute Verwendung finden. Nach und nach werden die deutschen Arbeitstafeln auf diesen Dampferlinien für gewisse Arbeiten wohl ganz verdrängt werden.

Die überseeische Auswanderung aus dem Deutschen Reich über deutsche Häfen, Antwerpen, Rotterdam und Amsterdam umfaßte nach dem letzten Monatshefte 3. Statist. des Deutschen Reichs“ im Oktober ca. 9409 Personen gegen 9759, 9793, 9107 und 8999 im Oktober der Vorjahre seit 1885 zurück. Aus Pommern sind im letzten Oktober 1084, aus Westpreußen 821 und aus Posen 710 ausgewandert. Seit Beginn des laufenden Jahres bis Ende Oktober wanderten auf dem angegebenen Wege 81 773 Personen aus gegen 89 711, 90 556, 70 841, 100 081, 135 000, 153 394, 179 443, 194 801 und 94 344 im gleichen Zeitraum der Vorjahre bis 1880 zurück. Es hat also in diesem Jahrzehnt nur das Jahr 1886 eine geringere Auswanderung als das laufende Jahr gehabt.

Aus Leipzig schreibt man der „Fest. Ztg.“: Einen überaus schätzbaren Beitrag zur Charakteristik unserer sächsischen Amtsbürokratie liefert heute die amtliche „Leipz. Ztg.“, die es stets vorzieht, über die Reden der oppositionellen Reichstagsabgeordneten so gut wie gar nicht zu berichten, während sie andererseits die Reden der Regierungsovertreter fast wörtlich zum Abdruck bringt. Auch neulich, als der freisinnige Abg. Buddeberg-Jittau über das Schweine-Einfuhrverbot gesprochen hatte, vergönnte ihm die „Leipz. Ztg.“ 14. dem Abg. Brömel aber gar nur 5 Zeilen. Selbst die Ausführungen der nationalliberalen Abgeordneten Weßky und Sedlmayr, welche sich ebenfalls gegen das Schweine-Einfuhrverbot richteten, wurden fast ganz unterschlagen, denn über die Rede des Ersteren enthielt die „Leipz. Ztg.“ 4, über die des Letzteren 6 Zeilen. Diese Thatsache wurde von einigen freisinnigen sächsischen Sozialblättern festgenommen, worauf nunmehr die „Leipziger Zeitung“ antwortet: „Wir können dem sächsischen Blättern in Aussicht stellen, daß wir die Reden ihrer freisinnigen Heiligen nächstens nicht mehr abdrucken, sondern ganz unterschlagen werden; die vergebende, jede sachliche Behandlung des Gegenstandes von der Hand weisende Abicht dieser Reden leuchtet aus denselben so klar hervor, daß wir zu deren Weiterverbreitung keine Verpflichtung fühlen. Je dreister aber der deutsche Freisinn die Absichten der Regierung zu verdächtigen

mußte irgend ein großes Unglück passiert sein. Bald stürmte die ganze Grubenmannschaft angstergriffen durch die Stollen; die Grubenlichter tanzten in dem bestürzten Lauf; die schwarzen Gestalten jagten die dunklen Wege hinab; Rufe hallten durch die Gewölbe: Was gab's? Wo war's? Warum sagt man es ihnen nicht?

Plötzlich rannte ein Aufseher vorüber und rief: „Sie zerschneiden die Seile! Sie zerschneiden die Seile!“

Wahnsinniger Schreck ergriff die Fliehenden, und noch wilder rasten sie die Gänge entlang. Warum zerschneidet man die Seile? Wer zerschneidet sie, während noch alle Arbeiter in der Grube weilten? Es kam ihnen unbegreiflich vor, schrecklich und unerklärlich.

Ein anderer Aufseher schrie: „Die von Montsou zerschneiden die Seile! Kommt Alle heraus!“

Als Chaval diesen Ruf vernahm, hielt er plötzlich Rätchen an. Der Gedanke, daß er oben die Arbeiter von Montsou finden würde, brach ihm die Knie. Sie waren also doch gekommen? Einen Moment dachte er daran, durch die alte Grube Gaston-Marie zu entschlüpfen; aber die Fahrten waren dort zerstört, er hätte sich müssen mit Striden hinaufziehen lassen. Unmöglich!

„Alle Mann aus der Grube! Zu den Fahrten! Zu den Fahrten!“ kommandirte ein Aufseher.

Und Chaval wurde trotz seiner Furcht mit den Andern fortgerissen; es überkam ihn eine unerklärliche Angst, es ging ihm jetzt nicht schnell genug und er trieb Karabinen zu größerer Eile an: Wollten sie allein hier unten bleiben und verhungern? Die Banditen von Montsou sind im Stande, die Leitern zu zerbrechen, ehe sie hinaufgestiegen! Dieser Gedanke brachte sie Alle vollends außer sich. Sie stoben in wahnsinniger Hast die Stollen entlang; Jeder wollte den Andern überflügeln, Jeder der Erste bei den Fahrten sein. Einer rief, die Leitern seien schon zerstört, Niemand werde sich retten können. Wie die Widlen jagten sie dahin, und als sie endlich beim Schacht anlangten, warf, stürzte, drängte sich Alles auf die kleine Thür, welche den Zugang zu den Fahrten öffnete. Ein alter Stallknecht aber, der eben

und zu verdunkeln strebt, desto ausführlicher werden wir die Reden der Regierungsovertreter wiedergeben.“ Ein Regierungsblatt, welches von derartigen Partisanatismus erfüllt ist, dürfte außerhalb Sachsens schwerlich anzutreffen sein.“

Darnach dürfte es nicht mehr lange dauern, daß die Freisinnigen unter die Bestimmungen des Sozialistengesetzes gestellt werden. Die Lust dazu ist jedenfalls vorhanden.

Elberfeld, 3. Dezember. „Die Woche fängt gut an, konnte man im Hinblick auf das erste Zeugnis von gestern Morgen in „unserem Proseß“ sagen. „Zeuge“ Weber war erschienen und betrat zuerst den Zeugenstand. Derselbe gebrochene Erscheinung, wie sie am Dienstag voriger Woche abtrat. Insofern hatte er bei seiner zweiten Vernehmung (bei seiner ersten wurde er bekanntlich verhaftet) ein wahres Wort (vielleicht mögen es nicht gewesen sein) gesprochen, als er sagte: „Ich bin ein verlorener Mann.“ Ja, dieser Mann ist verloren. Was er gestern in einem 15 stündigen Verhör zu sagen wußte, oder zu wissen vorgab, war wenig mehr, als er in der ersten Vernehmung gesagt hatte. Hervorzuhoben war die bestimmte Erklärung, daß er der Polizei wissentlich unwahre Berichte erstattete und zwar mündlich und daß Polizeikommissar Wisting dieselben niederhört. Ferner, daß sein Auftraggeber von ihm zwar des Oesteren umfassendere Mittheilungen verlangte, aber ihn auch warnte, provokatorisch aufzutreten. Aus den Antworten auf die von den Vertheidigern, Herrn Lenzmann und Schweiger, gestellten Fragen ging aber zur Evidenz hervor, daß er sich nicht damit begnügt hatte, nur zu berichten, was andere thaten, sondern daß er selbst das treibende Rad war. Auf die direkt gestellten Fragen, ob er einer logenannten Dreikommission (die in der Anklage eine große Rolle spielt, in Wirklichkeit aber gar nicht existirt) die Thätigkeit einer Art Kontrolle der Druckerei und Expedition der „Fr. Br.“ vindicirte, ob er Gimppe empfohlen habe, unter Flugblättern die Firma „Hottinger-Zürich“ zu drucken, ob er einen geheimen Parteitag für Rheinland-Westfalen einberufen, auf welchem die „Fr. Br.“ als Organ der Partei proklamirt werden sollte und dafür dorthin Geld zu opfern angeboten habe, ob er selbst „Klubs“ gebildet und sich sowohl in diesen, als auch bei gelegentlichen Zusammenkünften im Wirthshaus als „Vorsitzender“ gerirt habe, all diese Fragen und noch mehr beantwortete er in mehr oder minder bestimmter Form in bejahendem Sinne. Das ist nun doch in Wirklichkeit die Thätigkeit eines Polizeispions bei Weitem überschritten und wir haben in Weber einen agent provocateur in neuer Auflage vor uns, der sich den Ehrenberg, Schröder, Schmidt, Wichmann und wie sie alle heißen, würdig anreihen. Wir verstehen sehr wohl die Entrüstung, die in den Worten des Herrn Präsidenten lag, als er sagte: „Sie haben also die Polizei betrogen“, und ebenso den Ausruf des Herrn Staatsanwalts, Herrn Pinoff: „Sie haben die Polizei der ganzen Monarchie bloßgestellt.“ Das ist schon öfter passiert und man hätte gut daran gethan, mit dem System zu brechen. Der allerhöchster Stelle, vom Minister Herrfurth, wurde von der Tribüne des Reichstags verkündet, daß die Beamten und Spione streng angehalten sind, sich der eigenen Thätigkeit zu enthalten, und bei jedem neuen Fall jetzt sich wiederum auf diese Leute nicht zu verlassen. Wir haben keinen Grund, an dem ehrlichen Willen solcher Gebote zu zweifeln, aber die Polizei braucht Berichte, braucht Mittheilungen, verlangt solche, und dann werden sie fabricirt auf die Art, wie Weber selbst mittheilt hat. In der Vernehmung vom Dienstag voriger Woche sagte Weber aus, daß Polizeikommissar Wisting ihm mehrfach versichert habe, daß seine Berichte nicht zum Schaden der von ihm verrathenen Sozialdemokraten wendet würden und gestern bemerkte er, er habe „seiner“ Parteigenossen nicht schädigen wollen durch die unwahren Berichte. Der Präsident gab ihm die richtige Antwort darauf. Auf die Mittheilungen dieser Person ist fast die ganze Anklage aufgebaut und wie die 90 Angeklagten geschädigt sind, braucht nicht erst ausgeführt zu werden. Wir erinnern uns des Vorfalles des Ministers des Innern, Herrn v. Herrfurth, vom 1. Oktober vorigen Jahres, nach welchem zur Ueberwachung der Sammlungen von politischen Parteien zuverlässige Beamte traut werden sollen. Der bisherige Verlauf des Prozesses beweist diese Zuverlässigkeit genugsam illusirirt.

Oesterreich-Ungarn.

Eine recht empfindliche Lehre erweist der österreichische Generalkonsul in Genua, Karl von Scherzer, in seinem letzten Generalbericht an die österreichische Regierung den Schweizern. Er schreibt nämlich: „Wenn hohe Zölle die Produktion und Industrie eines Staates zu fördern, den Handel und Verkehr zu entwickeln im Stande wären, dann müßte gegenwärtig Italien das beneidenswerthe Schicksal eines glänzenden wirtschaftlichen Aufschwungs bieten. Denn die Zölle liefern ca. 188 Millionen Lire oder beinahe 10 pCt. des bisherigen gesammten Staatseinkommens; auf eine jede Lira des Werthes der eingeführten Waaren lassen 9,12 Centesime Zoll. Leider ist aber das Gegenheil der Fall, wie dies aus den finanziellen Ergebnissen des letzten Jahres ziffernmäßig zu nachweisen läßt. Trotz der friedlichen Gestaltung der politischen

bedächtigt seine Pferde geborgen hatte, blickte mit spöttischem Lächeln auf diesen Knäuel sinnloser Menschen; er war so wohnt, die Nächte hier unten bei seinen Thieren zu verbringen und wußte, daß man ihn niemals in der Grube vergessen würde.

„Zum Teufel, wirst Du denn nicht endlich aufsteigen?“ schrie Chaval Rätchen an. „Marsch, voran, daß ich dich wenigstens halten kann, wenn Du fällst!“

Der drei Kilometer lange Sturmhauf hatte sie von Neuem in Schweiß gebadet, sie war erschöpft, rang nach Athem und ließ sich ohnmächtig von den Andern schleppen ohne zu verstehen, was ihr Geliebter von ihr wollte. Sie packte sie roh beim Arm und riß sie unsanft fort. Sie schrie auf vor Schmerz, neue Thränen drangen in ihre Augen. Schon jetzt hatte er seinen Schwur vergessen; o, sie mußte nie glücklich sein!

„Vorwärts!“ brüllte er sie an.

Aber er stößte ihr zu viel Furcht ein; wenn sie es ihm aufstieg, würde er sie fortwährend mit seinen Robbenknäueln quälen. Rein, sie wollte nicht, und sie bog sich zur Seite während nachstürmende Männer sich an ihnen vorbei schoben.

Es regnete große kalte Tropfen aus dem Himmel herab; die Holzbrücke, auf der all die Männer sich dem Eingang zudrängten, erzitterte über dem noch zehn Meter tiefen schlammigen Abgrund, in welchem die Wasser sich schrecklich Gerade vor zwei Jahren war in Jean-Bart ein schreckliches Unglück passiert: Die Grubenseile waren zertrissen, der Wasser stürzte herab und ertränkte zwei Männer in der schwarzen Tiefe. Alle erinnerten sich an diese Katastrophe; wie leicht konnten die Bretter unter ihnen zusammenbrechen und sie in dem feuchten Grund begraben!

„Verdammt Polyp!“ schrie Chaval. „Kommt, wenn Du willst! Wenigstens bin ich dich los!“

Er drängte sich zu den Fahrten, flog hinauf, und folgte ihm.

Einhundertundzwei Leitern, von ungefähr sieben Meter Länge führten durch einen engen laminartigen Aufgang zur Mündung des Schachtes.

(Fortsetzung folgt.)

Sage, trotz sehr günstiger Ernten in den Hauptexport-Artikeln des Landes zeigt sich in fast allen Zweigen der wirtschaftlichen Thätigkeit ein erheblicher Rückgang und somit eine empfindliche Mindereinnahme für den Staat.
Schlager begründet nun in den Einzelberichten die Richtigkeit dieser Behauptung, welche auch in dem Berichte seines Kollegen in Benedicti Behätigung findet; wir fürchten aber, daß er tauben Ohren predigt und die Herren in Wien nicht dazu belehren wird, auf dem einmal eingeschlagenen Wege des wirtschaftlichen Rückschreitens Halt zu machen. Wir meinen aber, daß das, was der Autor für seine Regierung geschrieben hat, auch von anderen Regierungen beachtet werden sollte, — die ungewisse Steigerung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten gegenüber den Schwierigkeiten von 1879 sollte doch zum Nachdenken auffordern, ob denn wirklich die Entlastung der Industrie unter der Herrschaft der Schutzzölle eine gesunde ist.

Großbritannien.

Der Bäckerstreit in London, welcher bekanntlich durchaus siegreich verlaufen ist, hat den Beweis geliefert, daß auch in demjenigen Gewerbe, das von den Segnern des Normalarbeitstages als Beweis gegen dessen allgemeine praktische Durchführbarkeit angezogen zu werden pflegte, der Normalarbeitstag sehr gut durchzuführen ist — wenn man nur will oder muß. Wo der gute Wille nicht vorhanden ist, und dem bösen Willen nicht ein kräftiges Muth entgegenzusetzen werden kann, da hapert es freilich. Und es soll nicht geleugnet werden, daß gerade das Bäckergewerbe besondere Schwierigkeiten bietet, an denen in London schon verschiedene, seit Ende der fünfziger Jahre gemachte Versuche zur Einführung längerer Arbeitszeit gescheitert waren.
Diesmal gingen die Bäckergehilfen aber, Dank der erprobten Leitung von John Burns, so zweckmäßig und nachdrücklich vor, daß nicht nur der prinzipielle Widerstand, sondern auch die praktischen Bedenken siegreich überwunden wurden und die Bäckerien Londons bei 10 stündigem Normalarbeitstag einen vollkommen geregelten Betrieb haben und alle Bedürfnisse des Publikums (auch bezüglich des sogenannten „Frühstücksgebäcks“ — hot rolls, muffins etc.) befriedigt werden. Es machte sich bloß eine andere Eintheilung der Arbeit nöthig, und zwar, wohlgerne, ohne Vermehrung der Arbeitskräfte. Das ist von sozialer Wichtigkeit für die deutschen Bäcker, auf deren Forderungen nach abgekürzter Arbeitszeit in der Regel mit dem Einwande geantwortet wird, ohne Vermehrung der Arbeitskräfte und entsprechender Verminderung der Arbeitslöhne ließe ein kurzer Arbeitstag sich im Bäckergewerbe nicht einführen.

Durch das Beispiel der Londoner Bäckerien, die jetzt allgemein den 10 stündigen Normalarbeitstag haben, wird jeder Einwand zu Boden geworfen.

Amerika.

Aus Chicago, den 30. November, wird gemeldet: Im Cronin-Prozesse erwachte gestern Hr. Longenecker, der Staatsanwalt, vom Gerichtstisch die Erlaubnis, neue Zeugen vorzuführen. Demgemäß wurde Flynn, ein Geheimpolizist, vernommen, welcher bekundete, daß Coughlin ihm bei seiner Verhaftung zwei Messer übergab. Hr. Conklin, dessen Kollege Hr. Cronin war, sagte aus, daß diese Messer grobe Ähnlichkeit mit denen hätten, welche Dr. Cronin gehörten. Hr. Longenecker begann sodann seine Ansprache an die Jury, welche am Schluß der Verhandlung noch nicht zu Ende war. In heutiger Verhandlung suchte der Staatsanwalt aus den Aussagen der Belastungszeugen darzutun, daß eine Verabredung zur Vernichtung Dr. Cronin's bestand. Er verwies insbesondere auf die von Beggis am 29. April abgegebene Erklärung bezüglich der Untersuchung und der Verlesung des Berichts im anderen Lager, daß die Sache gültlich beigelegt worden sei. „Wie beigelegt?“ fragte Hr. Longenecker. „Zur Zeit, als Beggis sprach, wurde die Villa gemietet; die letzten Vorkehrungen waren getroffen worden und das Uebrige war geschehen. (Aussprechen im Gerichtssaal.) Wann also wurde die Sache gültlich beigelegt? Was geschah im Lager? Welche Schritte wurden gethan, um die Sache zu untersuchen?“ Sodann verlas Hr. Longenecker das Verschwörungsgesetz und in schlichter Sprache, aber mit großem Nachdruck kritisierte er jeden Schritt in der Verabredung von den Verhandlungen im Lager Nr. 20 bis zum Mischen der Wohnung in Clarke-Street und der Villa und der Weglockung Dr. Cronin's, die mit seinem Tode endete. Er fragte, welche Beweggründe Beggis hatte, indem er die Villa mietete. Runge habe in der Wohnung in Clarke-Street geschlossen. Hier rief Runge aus: „Das ist eine Lüge!“ Ehe Hr. Longenecker seine Ansprache begann, wurden die oben erwähnten zwei Messer als Beweismittel zugelassen.

Eberfelder Sozialistenprozeß.

12. Tag der Verhandlung.

Eberfeld, 3. Dezember.

Der Präsident stellt fest, daß einige Angeklagte fehlen und läßt die Liste der geladenen Zeugen verlesen. Eine Anzahl derselben fehlt.

Zeuge Guiberlei (vereidigt): Eines Abends sah ich mit einem Herrn in meinem Lokale am Tisch, wo wir englisch sprachen. Hüttenberger kam dazu und legte uns ein von Gilles in London redigirtes Blatt vor, aber öffentlich, nicht heimlich. Hüttenberger bot ihm das Blatt zu bewahren, aber Rammhoff holte es ab. Ich hatte keine Ahnung, daß es ein verbotenes Blatt war. Wann es war, weiß ich nicht mehr. Redakteur Willes hand auf dem Blatt, oder Hüttenberger sagte es.

Hüttenberger: Ich kann mich nicht mehr erinnern.
Zeuge Robert Müller, Konditorgehilfe: Ich war früher Gehilfe bei Gustav Finkle vom 6. Oktober 1885 bis Februar 1886. Wie Finkle den „Soz.“ erhielt, weiß ich nicht. Er erzählte mir einmal, daß er einen ganzen Ballen Schriften erhalten habe. Der Ballen wurde im Schornstein versteckt. Er sagte mir weiter, daß noch ein Paket für einen Anderen kommen würde. Die Packstube mußte ich Sonntag immer aufstauen. Garm und Hüttenberger, vermutlich auch Fritz kamen. Ich selbst war dabei nie zugegen, sah aber am anderen Tage Briefschaften stehen. Finkle erzählte mir, daß er Besuch gehabt. Von Finkle habe ich auch den „Sozialdemokrat“ zum Lesen bekommen mit der Bemerkung, es sei interessant. Von der Rolle sagte mir Finkle, daß sie Fritz habe; ich kann mich aber nicht mehr genau erinnern, wo. Kalender hat Finkle verkauft. Er sagte mir, der Reinertrag wäre für einen kranken Mann.

Während der Vernehmung des Zeugen über angebliche Reichthumsbeleidigungen Finkle's wird die Deffentlichkeit ausgeschlossen.

Nach Wiederherstellung der Deffentlichkeit wird die Ladung der Zeugin Frau Geldmacher beschlossen.

Zeuge Werner, Zigarrenmacher aus Bremen: An mich kamen Pakete, ich weiß aber nicht, woher. Es war der „Sozialdemokrat“ in kleinen Paketen darin. Wenn ich sie abgeheftet, darüber verweigere ich die Aussage. Agent des „Sozialdemokrat“ war ich nicht und bekam auch nichts bezahlt. Ob es mehrere Nummern oder mehrere gleiche Exemplare waren, weiß ich nicht. Als das Paket da war, wurde es abgeholt. Ob das Paket direkt aus Zürich kam, weiß ich nicht; es wäre aber möglich. Was ich gesagt, kann ich bezeugen.
Der Zeuge wird unvereidigt entlassen.

Präsident: Die Staatsanwaltschaft sucht den Beweis zu führen, daß die hiesige Verbindung mit der allgemeinen Verbindung im Verkehr stand. Als Beweis wird eine Postkarte von Bebel an Schumacher ausgeführt. (Die Karte vom 12. Oktober 1884 wird verlesen und von Schumacher anerkannt.)

Schumacher: Es handelte sich um die Streitsache zwischen Mohren und mir.

Präsident: Es ist noch ein Brief Bebel's vom 15. März 1883 an Schumacher vorhanden. (Derselbe wird verlesen. Er betrifft ebenfalls Streitsachen, die auf Schwärzereien zurückgeführt werden.)

Schumacher: Die Sache hat mit der Partei nichts zu thun; es betraf ebenfalls den Streit zwischen Mohren und mir.

Der Präsident verliest einen weiteren Brief Bebel's, der von einem Schiedsgericht spricht.

Schumacher: Es handelte sich um die nämliche Angelegenheit. Ich wollte die Sache nicht vor Gericht bringen. Von Diehgen, meinem früheren Kompanion, habe ich eine Erklärung, wonach unsere Geschäfte richtig abgewickelt wurden.

Berth: Ein Brief Bebel's an Schumacher fehlt; er würde entlastend sein. Jedenfalls ist er bei der Briefsperrung beschlagnahmt worden.

Staatsanwalt: Von dem Brief ist mir nichts bekannt.

Zeuge Polizei-Kommissar Wilsing (auf Befragen): Am 13. Februar 1887 wurde mir von einem Gewährsmann mitgeteilt, daß an Frau Thella Eisele in Zürich ein Brief abgehandelt worden.

Präsident: In Nr. 9 des „Soz.“ von 1887 soll nach der Anklage eine diesbezügliche Notiz sein.

Der Staatsanwalt verliest einen Brief Bebel's.

Schumacher: Dies wird der vom Untersuchungsrichter mir gezeigte Brief sein.

(Er ist datirt Verdau, 9. April 1887.)

Der Präsident verliest die Notiz im „Soz.“

Löwenstein: Ich bin niemals ein Vertrauensmann gewesen, sondern habe wegen Mann aus eigener Initiative nach Zürich geschrieben. Auch in anderen Fällen, wo ich eine Ungerechtigkeit sah, habe ich aus eigener Initiative Schritte dagegen gethan. Weil ich eine Ungerechtigkeit sah, schrieb ich wegen Mann nach Zürich.

Wilsing (auf Befragen): Ueber die Gewährsmänner verweigere ich die Auskunft.

Der Präsident: Die Anklage bezieht sich auf das Rundschreiben wegen des Kongresses.

Grimpe: Das Rundschreiben stand auch in der „Freien Presse“.

Präsident: Das wird ohne Weiteres geglaubt.

Wilsing: Von der Sammlung für das Becker-Denkmal wurde mir von meinem Gewährsmann berichtet, auch von der Sammlung für Hasenclever.

Grimpe: Auch dieser Aufruf stand in der „Fr. Pr.“

Wilsing: Von dem Aufruf für die Denkschrift glaube ich das Original gehabt zu haben; ich habe ein Abdruck.

Grimpe: Auch dieser Aufruf stand in den Zeitungen. Ich bitte den Wortlaut zu verlesen.

Wilsing: Der Gewährsmann hat den mir vorgelegten Aufruf nicht geschrieben.

Der Präsident: Die Anklage nimmt Bezug auf einen bei Köffer beschlagnahmten Ausweis.

Es ist eine gedruckte Legitimationskarte für den ausgewiesenen Köffer, unterzeichnet Bebel, Grillenberger und Hasenclever.

Wilsing: Ich habe am 19. Januar 1888 die Mittheilung erhalten, daß Garm nach Blauen zu Bebel reiste, um M. 12—1500 für die „Fr. Pr.“ zu erheben.

Harm: Ich bin aus eigener Initiative hingereist und der Wechsel war nicht pro forma, sondern wurde nachher eingelöst. Der Gewährsmann muß Weber sein.

Der Präsident: Die Angeklagte bezieht sich auf die Dedadressen Eisele, Lauscher und Brandier in Zürich. Es wurden an diese Adressen in Barmen Briefsendungen ausgegeben. Diese Adressen wurden in Menge aus den Postbüchern ermittelt.

Wilsing: Von einem Vertrauensmann erfuhr ich, daß, als Köllinghoff Vertrauensmann war, das Stichwort „Rothfächer“ benutzt wurde.

Präsident: Dies Stichwort kommt im „Sozialdemokrat“ vor.

Wilsing: Am 23. Mai 1887 erfuhr ich von einem Gewährsmann, daß nun das Stichwort „Sperber“ wäre.

Berth: Schon im April hand das Stichwort im „Sozialdemokrat“. Erhielt der Gewährsmann den „Sozialdemokrat“?

Wilsing: Darüber verweigere ich die Auskunft.

Staatsanwalt: Es ist ein Druckfehler in der Anklage; am 1. Juni steht das Stichwort im „Soz.“

Der Präsident führt nach der Anklage Quittungen im „Soz.“ an über eingegangene Gelder. Das Stichwort ist „Rothfächer“.

Wilsing: Am 28. Juni 1886 erhielt ich die Mittheilung, daß von Köllinghoff eine Geldsendung nach Hirslanden abgegangen sei.

Präsident: Das wird durch das Postbuch bestätigt.

Wilsing: Am 3. Oktober ging eine weitere Geldsendung nach Hirslanden ab.

Präsident: Das wird durch die Postanweisung bestätigt. In Nr. 42 des „Sozialdemokrat“ von 1886 ist eine Quittung unter dem Stichwort Père Duchêne.

Löwenstein wünscht, den „Sozialdemokrat“ einzusehen, was genehmigt wird.

Wilsing: Es wurde mir mitgeteilt, daß Emil Müller der Absender des Geldes gewesen sein soll.

Der Präsident verliest weitere Quittungen.

Wilsing: Das Geld sollen Köllinghoff und Salzberg abgehandelt haben; das habe ich am 12. Januar 1887 erfahren. Salzberg hat, wie mir mitgeteilt worden, das Abonnementsgeld für den „Sozialdemokrat“ abgehandelt. Im Februar 1887 erfuhr ich, daß 300 M. an Singer abgehandelt wurden, für die Wahllegation.

Präsident: Das soll durch eine Quittung im „Sozialdemokrat“ bestätigt werden.

Wilsing: Am 12. April 1887 wurde mir mitgeteilt, daß Küpper Abonnementsgeld an den „Sozialdemokrat“ geschickt habe und Garm 200 M. an die Fraktion mitnehmen sollte.

Harm: Der Gewährsmann hat gelogen. (Auf die Frage des Staatsanwalts): Abonnementsgelder für den „Soz.“ habe ich nicht mitgenommen; das giebt's nicht!

Der Präsident verliest weitere Notizen aus dem „Sozialdemokrat“.

Wilsing: Am 2. Mai fand eine geheime Versammlung bei Schmitz statt, in welcher ein neues Stichwort beschlossen wurde. Am 25. Juni wurde mir mitgeteilt, daß Küpper die Abonnementsgelder für den „Soz.“ abhandelt.

Der Präsident: Es befinden sich im „Sozialdemokrat“ Quittungen unter dem Stichwort „Sperber“. Die Anklage behauptet, daß das Stichwort später geändert und Küppers Adresse in Zürich gelöscht worden sei. Die Beweisführung wegen der Verbindung mit dem „Sozialdemokrat“ ist damit erledigt und es handelt sich jetzt um den Beweis wegen der Verbreitung von Flugblättern.

Wilsing: Ich erhielt die Mittheilung (Juni 1887), daß ein Flugblatt „An die Wähler Deutschlands“ hier verbreitet werde. Am 8. Juli wurde mir mitgeteilt, daß ein hartes Flugblatt, von Jeup verfaßt, verbreitet werden sollte.

Präsident: Dasselbe wurde in Lüdenscheid verbreitet. Es ist gerichtet: „An das arbeitende Volk von Lüdenscheid“.

Berth: Es scheint sich um zwei verschiedene Flugblätter zu handeln. Das Flugblatt „An die Wähler“ kam an Weber.

Wilsing: Es wurde mir mitgeteilt, daß das Blatt in der „Freien Presse“ gedruckt wurde. Zwei Parteiführer aus Köln waren deswegen hier.

Präsident: Das soll durch eine Postkarte bestätigt werden.

Harm: Mir ging eine solche Postkarte nie zu. Gassenkenne ich nicht.

Grimpe: Ich erkläre das Gleiche. Welche Führer waren hier?

Wilsing: Ich kenne sie nicht.

Der Präsident verliest die Karte; sie handelte von einem Druckauftrag; als Adresse war darauf Schmitz angegeben.

Berth: Im Düsseldorf-Prozess figurirte ein Polizeispion Schmitz. Derselbe wollte in einer Volksversammlung in Dortmund die Parteigenossen zu einer Verbindung verleiten.

Meist: Der Adressat Gustav Schmitz ist ein anderer Schmitz als der Polizeispion.

Es tritt eine Pause von 20 Minuten ein.

Verthigung: In dem Bericht vom 8. Verhandlungstag ist durch eine Auslassung ein Fehler entstanden, Meist hat in Betreff der sogenannten Wohlthätigen Versammlung ausgesagt, er wäre in geschäftlichen Angelegenheiten gekommen und im Wirthshaus habe sich das Gespräch um die Organisation der Feilenbauer gekehrt.

Zeugin Frau Geldmacher tritt an den Zeugenstand; der Zeuge Robert Müller, der mit ihr konfrontirt werden soll, fehlt.

Zeugin Frau Blumenthal (vereidigt): Ich war nicht dabei, als Rammhoff bei Vollmus hausuchte. Ich sah, wie Frau Vollmus mit dem Polizeiergeanten Jarchow sprach und ihm ein Blatt gab. (Auf Befragen Vollmus:) Von Verhandlungen der Frau Vollmus durch ihren Mann habe ich nie etwas gehört, obgleich ich in gleichem Hause wohnte.

Zeuge Robert Müller und Frau Geldmacher werden vorgelesen.

Frau Geldmacher: Müller ist mir unangenehm entgegengekommen. Unförmlich angefaßt hat er mich nicht, aber er wollte es.

Müller: Ich hatte nie der Zeugin zugemuthet, Ehebruch mit mir zu treiben.

Frau Geldmacher: Er führte unpassende Redensarten.

Müller: Ich habe ihr keine Zumuthungen gemacht.

Frau Geldmacher: Erst nachdem Müller sich gegen ein Kind vergangen haben soll, wurde er so schlecht.

Finkle: Frau Geldmacher hat mir gesagt, sie wäre nicht gern mit Müller zusammen.

Frau Geldmacher (über ihr Verhör beim Polizeikommissar befragt): Ich weiß nicht mehr, was ich zu dem Polizeikommissar gesagt habe.

Müller erklärt sich bereit, seine Aussage zu beschwören. Der Zeuge wird vereidigt.

Zeuge Jarchow, Polizeiergeant hier: Das Blatt, welches mir Frau Vollmus vor dem Hause gab, war der „Wahre Jakob“.

Vollmus: Der von mir als Zeuge genannte Hebel hat gesagt, Rammhoff hätte meiner Frau Geld gegeben.

Hüttenberger: Frau Vollmus hat mir ebenfalls unter Zeugen gesagt, sie könne beschwören, daß ihr vom Kommissar Rammhoff Geld geboten worden sei, wenn sie gegen ihren Mann aussage.

In der Beweisaufnahme wird fortgefahren. Es handelt sich um das „Gedenkblatt“.

Wilsing: Es wurde mir vorher mitgeteilt, daß in einer geheimen Versammlung der Druck eines solchen Flugblattes beschlossen worden. In einer weiteren Versammlung wollte Salzberg, daß das Flugblatt nicht in der „Fr. Presse“ gedruckt werde, während Grimpe erklärte, die „Fr. Pr.“ werde darunter nicht leiden. Später wurde eine Redaktionskommission gewählt.

Grimpe: Wo lagerten dann die Flugblätter? Die Anklage behauptet, sie hätten in der Druckerei der „Fr. Pr.“ gelagert!

Wilsing: Ich lese nur vor, was in meinen Mittheilungen steht. Möglicher Weise lagerten die Flugblätter in der Druckerei, bei Borihel oder anderswo.

Das Gedenkblatt wird verlesen, weil in demselben ein Verstoß gegen § 131 enthalten und einige der Angeklagten wegen dessen Inhalts angeklagt sind.

Der Präsident fragt Harm, ob er denn nichts davon wisse.

Harm: Ich kann nicht wissen, wer das Blatt verfaßt hat. In der „Fr. Pr.“ wurde es nicht gedruckt. Auch Wahlflugblätter wurden ohne mein Wissen herausgegeben.

Piepenbrink: Die Flugblätter wurden in Masse verbreitet.

Harm: Es steht noch nicht fest, ob das Flugblatt überhaupt von Eberfeld ausging.

Präsident: Das Flugblatt enthält Unrichtigkeiten.

Harm: Gerade die angeführten Zahlen sind der Beweis, daß ich mit der Abfassung des Flugblattes nichts zu thun hatte, weil mir die amtlichen Berichte zur Verfügung stehen.

Grimpe: In der „Freien Presse“ hand zu Anfang vorigen Jahres ein Artikel, der authentische Zahlen enthielt, die denen im Flugblatt angeführten strikte entgegenstehen. Daraus geht hervor, daß der Verfasser mit den Verhältnissen nicht betraut war. Auf Befragen des Staatsanwalts nach dem Verfasser des Artikels verweigert Grimpe die Aussage, daß sei Redaktionsgeheimniß. In der Anklage steht, daß in der „Freien Presse“ das Flugblatt gedruckt worden. Auf der einen Seite steht, es sei bewiesen und auf der andern, es fehlen die Beweise.

Der Präsident macht auf die Aussage des kleinen Pfeiffer vor der Polizei aufmerksam.

Pfeiffer konstatirt, daß er nie in der Druckerei der „Fr. Pr.“ war.

Grimpe: Ich habe Herrn Pfeiffer erst hier im Gerichtssaal kennen gelernt. Falls das Flugblatt „An das Volk“ in der „Fr. Pr.“ gedruckt worden sein soll, so konstatire ich, daß ich zu der Zeit in Untersuchungshaft war.

Harm: Während der Zeit wurde nur ein Flugblatt für Lüdenscheid gedruckt mit der Druckfirma.

Von der Vertheilung wird die Ladung der Seher der „Fr. Presse“ als Zeugen beantragt, um zu beweisen, daß das Flugblatt „Gedenkblatt“ in der „Fr. Presse“ nicht gedruckt wurde.

Präsident: Die Anklage behauptet, daß verbotene Schriften durch die Mitwirkung von Redaktion und Expedition des „Sozialdemokrat“ und der örtlichen Verwalter hier eingeführt worden seien. Als Beweis dafür sind Stellen des „Sozialdemokrat“ angezogen. Dann findet sich eine Rechnung über das Abonnement des „Sozialdemokrat“ für Rühmann aus Frauenfeld (Schweiz).

Wilsing: Am 30. Oktober 1883 erhielt ich eine Mittheilung, daß in Ronsdorf die „Soz.“ für Westdeutschland verpackt wurden.

Rechtsanwalt Lenzmann weist auf den Salubritas in einem Aufruf der Redaktion und Expedition des „Soz.“ hin, nachdem Redakteur und Expeditionspersonal aus der Schweiz ausgewiesen waren, um die Gelder einzutreiben.

Der Präsident verliest einen Brief an Schumacher.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Theater.

Donnerstag, den 5. Dezember.
Opernhaus. Remchen von Tharu.
Johannishaus. Die Journalisten.
Frankisches Theater. Der Sohn der Wilbnh.
Leistung-Theater. Die Ehre.
Berliner Theater. Montjoye, der Mann von Eisen.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Der Polengraf.
Königs-Theater. Schwiegermama.
Palmer-Theater. Nervös. — Vorher: Der Scheidungsgrund.
Viktoria-Theater. Stanley in Afrika.
Stend-Theater. Das neue Gebot.
Sollmanns-Theater. Vor Sonnen-aufgang.
Königstädtisches Theater. Wismann in Afrika.
Central-Theater. Historischer Poffenabend.
Adolph Ernst-Theater. Flotte Weiden.
Gebr. Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Königs-Theater. Gr. Spezialitäten-Vorstellung.
Saunmann's Variété. Gr. Spezialitäten-Vorstellung.

American-Theater.
 1865 Dresdenstr. 55.
 Täglich Vorstellung.

Circus Renz.

Karlstraße.
 Heute, Donnerstag, 5. Dezbr., Abds. 7 Uhr;
Große außerordentliche Vorstellung. Die-
 selbe eröffnet ein großartiges Circusfeld, geritten
 von Damen und Herren mit 30 Pferden. **Im**
dunklen Erdtheil. (Einnahme von Baga-
 mono.) Gefellig geschützt. Große equestrische
 Original-Pantomime. 4fache Fahrschule. Horaz
 und Mercator, Fuchsbengst, vorgef. von Herrn
 Oscar Renz. Auftreten der Schulleiterin Fel.
 S. Guerra. Auftreten der renommierten Künstler-
 familie Briatore, sowie der vorzügl. Reithän-
 derinnen und Reithänfler. Morgen, Freitag:
 Komiker-Vorstellung. Leben und Treiben auf
 dem Eise. Sonabend: Zum 1. Male (ganz
 neu arrangirt) auf vielseitiges Verlangen: Die
 lustigen Heidelberger. Sonntag: 2 Vorstellungen.
 4 Uhr auf vielseitiges Verlangen: Achenbrödel.
 Abends 7 Uhr: Die lustigen Heidelberger.
 E. Renz, Direktor.

Circus Busch.

Friedrich-Karl-Platz.
 Heute, Donnerstag, 5. Dezbr., Abds. 7 1/2 Uhr:
Non plus ultra aller bisherigen Vorst.
Benefiz für Fräulein Maria Dori.
 Fräulein Maria Dori wird in allen ihren Glanz-
 nummern auftreten. Höflichst einladend zeichnet
 Hochachtungsvoll Maria Dori.
Vorläufige Anzeige!
 Hierdurch die ganz ergebnisse Mittheilung, daß
 ich in nächster Zeit eine Hubertusjagd zur Auf-
 führung bringen werde, wie solche noch nie in
 Berlin im Circus gezeigt wurde. Es ist mir
 nach langer Zeit und unendlichen Mühen ge-
 lungen, zwei Wildschweine, einen Storch mit
 meiner eigenen Meute zusammen zu dressiren.
 Ich hoffe, mit dieser Aufführung ganz beson-
 ders das Interesse des hochgeehrten sportliebenden
 Publikums zu gewinnen. Hochachtungsvoll
 B. Busch, Direktor.
 Unwiderruflich letzter Monat.

Vorlage 1 Tr. 9 R. — 10 Uhr A.
Kaiser-Panorama.
 3. Reise am schönen Rhein.
 III. Cyclus.
 Reise Athen—Constantinopel.
 1. Abtheilung: Pariser Weltausstellung.
 Eine Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf. Abonn.
 8 Reisen 1 R.

Achtung! Heute v. 8 Uhr ab frische Blut-
 und Leberwurst in best Güte, woz. Freunde u.
 Gönner einl. Herrn Vietwald, Mariannenstr. 46.

Ich warne Jeden, meinem Sohne, dem
 Löpfergesellen August Bender, etwas zu
 borgen, da ich für nichts auskomme. Er ist von
 Hause wegelaufen.
 Neu-Weichensee, den 3. Dezember 1889.
 August Bender.

S. HEINE * BERLIN * N.
Weihnachts-Messe
 Auslage von 100
Neuheiten für die Frühjahrs-Saison
 in den
Kleider - Stoffen.
14 CHAUSSEESTR. 14

Rohtabak A. Goldschmidt,
 Spandauerstr. 6. [1858]
 am hiesigen Plage bekanntlich
Erste Auswahl.
 Savantivi höher brennende Tabake.
 Streng reelle Bedienung, billigste Preise!
 Sämmtliche im Handel befindlichen Rob-
 Tabake sind am Lager.
 A. Goldschmidt, Spandauerstraße 6
 am Tadeschen Markt.

R. Kohlhardt
 jetzt Mariannenstraße 34
 empfiehlt seine
Buchhandlung u. Buchbinderei.

Weihnachts-Ziehung
 vom 14.—17. December der
Grossen Lotterie zu Weimar.
Haupt-Gewinn: 50,000 Mk. Wth.
 Loose à 1 Mk., 11 Stck. 10 M., 28 Stck. 25 Mk. (Porto und Liste 20 Pf. extra)
 empfehlen und versenden
Oscar Bräuer & Co. Bank- Berlin W.,
 Geschäft, Leipzigerstr. 103.

Louis de Laval,
 14a. Königstrasse, Berlin C.,
 empfiehlt ergebenst seinen
Weihnachts-Ausverkauf
 in
Damen-Kleiderstoffen
 zu ganz besonders billigen Preisen.
 Morgenrockstoffe, Hauskleiderstoffe, Straßen- und Gesellschafts-
 Stoffe, das Meter 35 Pf., 50 Pf., 60 Pf., dopp. breit 80 Pf., 1 Mark bis 2 Mark.
Schwarze Kleiderstoffe, ganz Wolle,
 glatt, gestreift und gemustert, dopp. breit, Meter 1,25, 1,35, 1,50, 2—5 Mark.
Haus- und Umschlagetücher
 von 1,50, 2, 3, 5—6 Mark.
Unterröcke, Schürzen,
 Baumwolle, Wolle und Seide, | Birthschafts-, Wolleneu. Seidene,
 1,50, 2, 3, 4, 5, 50—20 Mark. | 1,25, 1,50, 2, 3—10,50 Mark.
Damen-, Herren- und Kinder-Cachenez
 in größter Auswahl.
Mein großes Lager in Damen-Kleiderstoffen bietet
sämmtliche Neuheiten der Saison, besonders empfehle
gestickte Roben zu 20, 25, 30—45 Mark.
 Die täglich auf Lager kommenden Reste werden sehr billig verkauft.
 Proben und Aufträge von 20 Mark an postfrei.

Gegründet 1867.
Nützliche Weihnachtsgeschenke!
 Oberhemden von 2,50—6 R. Herrenhemden von 1—5 R. Damenhemden
 von 1,10—7 R. Kinderhemden von 0,35—1,75 R. Sokinhemden, Arbeits-
 hemden, olatt, blau, gestreift und grau-leimene. Nachtmägen von 1,25—6 R. Damen-
 beinkleider von 1—5 R. Taschentücher, weiß und bunt, Duzend von 1 R. an.
 Unterbeinkleider, Unterjacken, Hosen und Strümpfe, Feinen, Towlas,
 Hemdentuch, Bettzeuge, Stuben- u. Küchenhandtücher, Tischtücher u. Servietten.
H. Wessling vormals **G. G. Matros,**
 Dresdenstraße 134 am Kottbusser Thor.
 Cravatten, Handschuh, Halstücher.

Teppiche, Möbelstoffe, Gardinen,
Läufer und Linoleum.
Verkauf zu Fabrikpreisen.
 Grosses Lager von Portiären, Reise- und Tischdecken.
Stoehr & Behr, Berlin N., 2 F. Chausseestraße 2 F.

Berlin S.-O. **August Herold,** Berlin S.-O.
Str. 5. Reichenbergerstraße Nr. 5,
 zwischen Kottbusser Thor und Ritterstraße. 148
Möbel- und Polsterwaaren-Fabrik.
 Gediegene Arbeit. Zeitgemäße Preise. Conlante Zahlungsbedingungen.

Die Geschichte der Erde.
 Von H. Gommeli.
Heft 14.
 à Heft 20 Pfennige.
 Zu beziehen durch die Expedition, Zimmerstraße 44.

Soeben erschien:
Der wahre Jacob
Nr. 88.
 Zu beziehen durch die Expedition, Zimmer-
 straße 44.

Pianino sofort für 60 Thlr., 1 hochleg.
 bill. Theilzahl. gestattet. 1128
 Fabrik Kommandantenstr. 30. Goffmann.
Rob-Tabak, sämtlicher Sorten.
 Größte Auswahl, billigste Preise bei
G. Elkhuyzen, Mühlstraße 10.

Möbel, Spiegel u. Polsterwaaren.
 Cr. Lager, bill. Preise.
Emil Heyn,
 eigener Fabrik. Brunnenstr. 28, Hof part.
 Theilz. nach Uebereinkunft

Wringmaschinen
 eigenes Fabrikat auf Theilzahlung bei
Bellmann, Gollnowstr. 26.
 Einen Strindrucker verlangt 83
 G. u. G. Paris, Pappel-Allee 27.

Große öffentliche
Hausdiener-Versammlung
 am Donnerstag, 5. Dez., Abends 8 1/2 Uhr
 bei Jordan, Neue Grünstr. 28.
 Tagesordnung:
 1. Die Gewerbeschiedsgerichte. Referent:
 Fr. Zubeil.
 2a. Bericht der Einigungskommission.
 2b. Bericht der Prehkommission event. Ergän-
 zungswahl.
 3. Freie Diskussion. 4. Verschiedenes.
 Die Mitglieder der Vereine und Krankenkassen
 der Hausdiener sind hiermit besond. ers eingeladen.
Die Einigungskommission.

Große
Militärschneider-Versammlung
 am Freitag, den 6. Dezember, Abds. 8 Uhr
 in Deigmüller's Salon, Alte Jakobstr. 48a.
 Die Tagesordnung wird in der Versammlung
 bekannt gemacht.
 Es ist Pflicht, daß jeder Kollege, welcher auf
 Uniformen arbeitet, daselbst erscheint.
Die Lohnkommission.

Sophabezüge!
 Reste von 3—5 Meter **spotbillig.**
Emil Lefèvre, Oranienstr. 158.

Vor Beginn
 der Anfertigung von Sommerfachen verkaufe ich
 die noch vorräthigen 1068
Winter- und Regenmäntel
Jaquets etc. zu äußerst billigen Preisen.
F. Radtke, Stalitzerstraße 27, II.
 Damen-Mäntel-Schneider.

Laterna magica
 und Rebelbild-Apparate eigene
 Fabrik, auch einzelne Bilder billig
Handke,
 Adalbertstr. 72,
 Hof links part.

Achtung Puher!
 Die besten und billigsten
Aether-Lampen!
 Den besten
Gasäther!
 à Pfd. 25 Pf., à Liter 35 Pf.
 bekommt man bei
Domke, Brunnenstraße 134,
 zwischen Inoalidenstraße und Rosenhaler Thor
 Geöffnet von 8 bis 8 Uhr.

Punschextrakte!!!
 Punschextrakt à Originalfl. erstl. 1,25 R.
 Salumerpunsch do. 1,50 -
 Glühweinextrakt do. 1,25 -
 do. II. do. 1,50 -
 Thee-Rum, hochfein, à Liter erstl. 2,00 -
 Façon-Rum, à Originalfl. 1,00 -
 Alter echter Nordrh., à Lit. erstl. 0,75 -
 Berl. Getreidekammell do. 0,90 -
 Ingvertiquar (Special!) do. 0,90 -
 empfiehlt die Groß-Deffillation von
Lettau & Koil, a. d. Roenthalerstr.

Bitte lesen Sie!
 Im Verlag verfallene
Winter-Paletots,
 sowie Anzüge, einzelne Jaquets, Gosen,
 Damen-Mäntel und Kleider, Hüte,
 Stiefel, Böcher, Uhren, Betten, Reißer
 u. Holzstoffer u. Alles in all und noch
 sehr billig zu verkaufen bei
A. Wergien, Schallbergerstr. 127.
 Bitte recht genau auf Namen und
 Nummer zu achten.
 Für reelle Bedienung bürgt mein seit
 18 Jahren bestehendes Geschäftsenomina.

Empfehle allen Genossen meine
Glaserei und Bildereinarbeitung.
 Besonders empfehlenswerth und zu jedem
 Gefallen passend:
Lassalle und Hasenclever
 als Präsidenten.
Lassalle, Marx, Sebel, Liebknecht,
Singer in Wästen und Kabinett u. f. m.
Medaillons, Strichholzhäusen,
Gipsbüsten.
 Wiederverkäufer erhalten Rabatt. Nach Aus-
 wärts brieflich.
Karl Scholz,
 Wrangel-Strasse 32.
 605]

Prachtvolle Steppdecken
 Große Auswahl in Atlas, Wolllas, Satin,
 Cretons zu Fabrikpreisen, billiger wie in
 jedem Laden, verkauft die **A. Schomer'sche**
 Steppdecken-Fabrik Blumenstr. 62.

Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 285.

Donnerstag den 5. Dezember 1889.

6. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

20. Sitzung vom 4. Dezember, 12 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Geheimrath Lohmann.
Die gestern abgebrochene Beratung des Antrages Barth (Beseitigung des obligatorischen Arbeitsbuches für Bergarbeiter) wird fortgesetzt.

Abg. Stöckel (Zentrum) geht ausführlich auf den Bergarbeiterstreik und dessen Ursachen ein. Das werde jeder zugeben, daß die Erregung in den Streikrevieren seit dem Frühjahr nicht nachgelassen habe, sondern eher noch größer geworden sei. Bormals habe der Bergarbeiter dem Grubenbesitzer näher gestanden, als heutzutage, in stetigem Konnex mit demselben. Dieses persönliche Verhältnis habe längst aufgehört. Zwischen Grubenbesitzer und Arbeiter stehe jetzt der Beamte, der nur die Interessen des Besitzers wahrzunehmen pflege und oft Maßnahmen anordne, welche den Arbeiter hart treffen. Auch habe der Bergarbeiter früher eine mehr gesicherte Arbeit gehabt. Er überderte bei der Uebergang von den früheren zu den jetzigen Zuständen durch die Verwandelung der Gruben in Aktien-Unternehmungen. Das Eigentum an Gruben sei Börsenpapier geworden. Der Aktionär sei einmal ein wohlhabendes Ding, ein armer Mann genannt worden; dem also wolle er keine Vorwürfe machen; aber jedenfalls seien die jetzigen Zustände ungesund. Gleich nach Ausbruch des Streiks sei ihm von der Rheinisch-Westfälischen Zeitung der Vorwurf gemacht, den Streik geschürt zu haben. Er würde sich dagegen gar nicht vertheidigen. Aber auch die andere katholische Presse sei der Hegelei beschuldigt worden. Was aber nenne man Hegelei? Eintreten für einen Arbeiter, dem Unrecht geschehen sei, das schon nenne man Hegelei! Ebenso nenne man schon Hegelei, wenn die Presse Mißstände an die Öffentlichkeit bringe. Der so viel angefeindete Redakteur der Germania habe sogar vor dem Streik gewarnt. Daß der Redakteur Fubanoel von der Westfälischen Volkszeitung etwas scharf geschrieben habe, sei ja richtig, aber derselbe habe dazu alle Ursache gehabt. Am meisten gehebt während und nach dem Streik habe gerade die Rheinisch-Westfälische Zeitung. Diese habe die Arbeiter überhaupt nicht als Partei anerkannt, mit der man unterhandeln könne, habe vielmehr von ihnen unbedingte Unterwerfung verlangt. Von den wegen des Krawalls auf Zeche „Schliewia“ angeklagten 25 Mann waren nur 5 Mann katholisch, und alle diese hätten überhaupt kein ultramontanes Blatt gelesen. Herr Kleine habe ihm gestern noch gesagt, gegen gewisse Knappschaftskassen unerbittlicher Weise Vorwürfe erhoben zu haben. Sei es denn aber nicht wahr, daß die betr. Knappschaftsvorstände einer Anzahl Arbeiter Jahre lang Invalidentheile vorkommen lassen? Und etwa nicht wahr, daß bei den dieselben enthaltenden Prozessen der Knappschaftsvorstände die Prohibitoren aus der Knappschaftsliste bedrängten hätten? Die Höhe der Kosten werde Herr Kleine ja wohl kennen; es seien 80000 M. gewesen. Die Begehre wollten aber nicht von der bloßen Willkür der Knappschaftsvorstände abhängen, sondern ihr Recht haben. Einem Invaliden habe man nach 25 bis 30jähriger Thätigkeit die Invalidentente von der Voraussetzung aus bemessen, daß derselbe sich vielleicht noch einmal erholen und wieder arbeitsfähig wird. Das sei absurd. Und wie sei dabei die Behauptung der Arbeiter seitens der Knappschaften? Eine Reform der Knappschafts-Rassenwesen sei unbedingt erforderlich; namentlich bedürfe es der Errichtung von Schiedsgerichten. Eine andere Wurzel der Unzufriedenheit sei auch die lange Arbeitszeit. Niemand werde so scharf gearbeitet, als in den warmen Grubenrevieren Westfalens. Besonders geschürt werde aber die Unzufriedenheit durch die harte Behandlung. Was solle dem gegenüber das Gerede von einem äußeren Einflusse? Wie könne man glauben, daß mir nichts die nichts auf einmal 100000 Arbeiter die Arbeit niederlegen würden infolge Zwangs von außen. Herr Kleine spreche von der schlechten Beschäftigung der Kohlenindustrie. Wohl sei es wahr, daß einzelne Zechen mit Unterbrechung arbeiteten, aber Herr Kleine vergesse ganz, daß als der Streik ausbrach, die Kohlenpapiere 20, 30, 40, 50 Prozent in die Höhe gegangen seien. Die Arbeiter hätten davon eben auch einen kleinen Nutzen haben wollen, und an sich sei ihnen doch gewiß eine kleine Erhöhung der Löhne von Herzen zu gönnen gewesen. Herr Kleine sage, in Westfalen sei die Arbeitszeit bei 8 Stunden kürzer, als in benachbarten Bergrevieren, aber es sei doch noch sehr fraglich, ob die Leute nicht dort lieber würden 10 Stunden, als in Westfalen 8 Stunden arbeiten. Und was den Lohn anlangt, so könne der Bergarbeiter in Westfalen allenfalls mit 4 Mark auskommen, wenn er Familie hat und vielleicht noch etwas zurücklegen, aber mit 3 Mark müsse er hungern. Daß Herr Hammacher sich um Beilegung des Streiks verdient gemacht habe, erkenne er an. Leider aber hätten hinterher die Grubenbesitzer sich gewiegert, mit den Bergleuten zu verhandeln. Die Spitze, die man leugne, sei hauptsächlich vorhanden, und zwar nicht nur für die Führer, sondern für alle die von einer Grube zur anderen gehen. Ein Katorp'sches Beispiel, welches Redner verliest, bestätige dies durchaus. Für eine solche Sperre gebe es unüberlegliche Beweise. Ein Arbeiter aus Essen, der 20 Jahre aus einer und derselben Stelle gearbeitet habe — 20 Jahre! — sei entlassen worden, obwohl eine so lange Thätigkeit auf einer und derselben Stelle doch gewiß die Voraussetzungen ausschliesse, daß derselbe wegen Unbotmäßigkeit habe entlassen werden müssen. Der Mann verliere damit die Ansprüche auf 6 und 7jähriger Beitragszahlung an die Krankenkasse. Und solcher Mann finde keine neue Arbeitsstätte! Der Bewegung werde man nur Herr werden, wenn man zum Frieden einlenke und die Sperre aufhebe. Durch die neuerliche einseitige Verfügung des Oberbergamts Dortmund, in welcher zur Verhütung von Unordnungen und Unfällen auf strengeres Vorgehen der Grubenbeamten geordnet werde, habe das Oberbergamt das Vertrauen von Tausenden von Arbeitern eingebüßt. Die Zeit mit der diese Bekanntmachung erlassen sei, habe die Leute sehr ruhig gemacht, und die Folgen würden nicht zu bestehen. Die Bekanntmachung begründe das stärkere Vorgehen mit der Verhütung von Unfällen. Aber gar manche Unvorsichtigkeiten der Bergleute würden von den Betriebsbeamten ruhig mit angesehen und geduldet, ohne daß dagegen eingeschritten werde. Ein Arbeiter beispielsweise habe den Aufzug erhalten, eine Reparatur an einem Bremsberge vorzunehmen und bis zum anderen Morgen fertig zu stellen. Er habe gefragt, ob er eine Schutzhütte anbringen solle. Der Beamte habe ihm gesagt, das werde er (der Arbeiter) ja selber haben, ob die Schutzhütte nötig sei. Der Arbeiter habe die Anweisung der Schutzhütte nun unterlassen und sei durch ein Unglück verunglückt. Das Gericht habe seine Ansprüche abgewiesen. Dabei habe der Betriebsbeamte sehr wohl gewußt, daß die Schutzhütte, deren Herstellung allerdings viele Wochen gekostet haben würde, hätte angebracht werden müssen.

Unter all diesen Umständen sei die Unzufriedenheit unter den Bergleuten eine tiefgehende, und diese Zustände für Alle unerträglich. Darauf müßten Alle hinwirken, daß wir endlich wieder Frieden zwischen Arbeitern und Arbeitgebern und das alte persönliche Verhältnis zwischen ihnen wiederhergestellt erhalten. (Beifall.)

Abg. Hammacher (nationalliberal): Mit dem Schlusswort des Vorredners bin ich vollkommen einverstanden. Der vorliegende Gegenstand kann nicht ohne Feststellung der tatsächlichen Verhältnisse entschieden werden, die Art und Weise, wie der Antrag hier behandelt wird, konstituiert den Reichstag gewissermaßen als einen Gerichtshof, der entscheiden soll, ob gewisse in einem Industriezweige bestehende Verhältnisse unerträglich und schädlich sind. Die Aeußerungen darüber sind verschieden, der Eine schildert die Verhältnisse als ein wahres Schreckbild, als einen Nothstand ohne gleichen, der Andere läßt sie im besten Licht erscheinen. Was ist Wahrheit? Ich sage dies, weil die preussische Regierung auf königlichen Befehl eine Untersuchung über die Ursachen des Ausstandes in Westfalen, Saarbrücken und Schlefien veranlaßt hat und die Ergebnisse der Enquete schon seit längerer Zeit an der Zentralstelle in Berlin vorliegen. Das Resultat der Enquete giebt uns vermuthlich ein getreues Bild der Verhältnisse. Die preussische Regierung hat bis jetzt nicht für gut befunden, über diese Enquete das Geringste verlauten zu lassen, wir sehen nicht einmal den Vertreter der Regierung hier, der sonst bei sozialpolitischen Fragen nicht zu fehlen pflegt. Ich muß mich wundern, daß die Regierung sich bei dieser wichtigen Verhandlung so negativ verhält. (Sehr richtig!) Der Gegenstand sollte die Aufmerksamkeit aller deutschen Regierungen auf sich ziehen, die Frage ist von der allseitigen Bedeutung für die gegenwärtige Krisis in einem Theile des Bergbaues. Vielleicht entscheiden die Redner hier nicht nur über das Schicksal der deutschen Montanindustrie, sondern auch anderer weiter Industriezweige. Steht die Steinkohlenindustrie schlecht, so erleiden auch die übrigen Gesteine. Herr Kleine hat gestern mit Recht gesagt: die soziale Revolution beginnt mit der Stillsetzung des Bergbaues. Doppelt ernst ist die Sache im Winter, wo die Menschen auf dieses Material angewiesen sind. In dem Bezirk, wo heute das Feuer wieder zu brennen droht, im Oberbergamtsbezirk Dortmund, werden jährlich 30—40 Millionen Tonnen zu Tage gefördert, gegenüber 65 Millionen in Deutschland überhaupt. Geht dieser Betrieb, so erlahmt die wirtschaftliche Thätigkeit in den weitesten Kreisen. — Die Vertheidigung des Abgeordneten Stöckel zu Gunsten der Westfälischen Volkszeitung ist mißlungen, diese Zeitung ist vor wie nach dem Streik eine klassenaufhebende Zeitung gewesen und vertritt eigentlich nicht die Interessen des Zentrums, sondern den Standpunkt der Sozialdemokratie. (Bewegung im Zentrum.) Während die gestern aus dieser Zeitung verlesenen Stellen von allen Parteien mit Stillschweigen angehört worden, erschollen Brauereien aus den Reihen der Sozialdemokraten. Dieselbe Zeitung brachte während des Streiks die Nachricht, der Repräsentant der Zeche „Eintracht Tiefbau“ sei mit der die Löhnung der Arbeiter erhaltenden Grubenkasse durchgebrannt und ins Gefängnis in Essen eingekerkert worden. Diese ausserordentliche That betraf einen der ehrenwürdigsten Männer der Provinz, und die Zeitung mußte dafür büßen. Eine Zeitung, die während eines Streiks eine solche Nachricht bringt, ohne ihre Zuverlässigkeit sorgfältig geprüft zu haben, kann man wohl beschuldigen, zur Fortsetzung des Streiks beigetragen zu haben. (Sehr richtig!) Herr Fubanoel hat sich jetzt durch einen Sitzredakteur gebedt, was er aber für ein Mann ist, hebt man daraus, daß die Zentrumspartei ihn schon auf dem Württemberg Katholikentag abgeschüttelt hat, weil er sich Feindseligkeiten gegen die Zeitung desselben erlaubt hatte. In einem Privatbeilegungsprozeß hat ganz neuerdings das Essener Gericht die Unverbesserlichkeit des angeklagten Fubanoel, der keine Abtugung bei seinen Mitmenschen erzielen könne, als strafschärfend angesehen. Dieser Mann hat wesentlich zum Unfrieden beigetragen. Allerdings hat er jene von dem bekannten Delegirten Weber der Bergarbeiterversammlung in Bochum vorgelegte Resolution, die den Frieden besiegeln sollte, verfaßt, aber sie strotzte von Jörn gegen die Arbeitgeber und machte den Eindruck, daß man nur mit äußerstem Widerstreben die dargebotene Hand zum Frieden annahm. Bezüglich der ersten vermittelnden Zusammenkunft mit der Arbeiterdeputation hier im Reichstag betande ich gern, daß dabei die Abg. Schmidt und Baumbach auch lediglich von den obersten Rücksichten der Humanität und der Erkenntnis der hohen Bedeutung der zu übernehmenden Aufgabe getragen gewesen sind und durch eine loyale Förderung der Verhandlungen sich ein großes Verdienst um die Beilegung des Streites erworben haben. Die Behauptung aber, daß ich zuerst den Verhandlungen mit den Arbeitern abgeneigt gewesen sei, beruht auf einem Mißverständnis. Als der Abg. Baumbach mit der ersten Anregung dazu an mich herantrat, war ich sofort bereit. Nach der weiteren Darstellung des Abg. Schmidt hat es den Anschein, als ob die Deputation der Arbeitgeber damals in der Auffassung der Sachlage schwankend gewesen wäre. Das ist nicht der Fall. Der prinzipielle Standpunkt der Herren stand mit dem meinigen, der damals in dem Berliner Protokoll niedergelegt war, im Einklang. Ebenso unrichtig ist die Behauptung des Abg. Schmidt, daß die Erklärung des Fürken Reichsanwalters, daß er mit der Einsetzung der Arbeiterausschüsse nicht einverstanden sei, dazu beigetragen habe, die Abneigung der Herren gegen die Ausschüsse zu verärflichen oder erst herbeizuführen. Bei unserem Besuch im Auswärtigen Amt haben wir keine Mittheilung über das Urtheil des Reichsanwalters über das Berliner Protokoll erhalten. Thatsächlich stellten sich die Vertreter der Bergwerksbesitzer in Westfalen am 18. Mai auf dem Boden des Berliner Protokolls, und verließen ihren früheren prinzipiellen Standpunkt, daß Verhandlungen mit den Arbeitervertretern unzulässig seien. Freilich haben sie das Berliner Protokoll in einzelnen Punkten modifizirt. (Auf links: Die Hauptsache draußen gelassen!) Das trifft nicht zu. Es war nur ein Widerspruch im Berliner Protokoll, denn im Anfang desselben war eine Normalarbeitszeit von 8 Stunden festgesetzt, und am Schlusse heißt es, es solle kein Arbeiter länger als 8 Stunden unter Tag bleiben. Es war also die Zeit für Einfahrt und Ausfahrt von der letzten Stelle nicht mit berücksichtigt worden. Der Beschluß der Essener Bergwerksvertreter ist also nur eine notwendige Korrektur des Berliner Protokolls in dieser Beziehung. Ueber die Frage der Arbeiterausschüsse sind prinzipielle Meinungsverschiedenheiten unter den westfälischen Bergwerksbesitzern, und auch aus prinzipieller Abneigung ist dieser Punkt des Protokolls nicht angenommen worden; man fürchtete, wenn man die Entscheidung über die wirtschaftlich tief eingreifenden Uebersichten den Ausschüssen überlasse, damit ein Prozeß für weitergehende Forderungen zu schaffen. Die Beschlüsse vom 18. Mai wurden also als bündig veröffentlicht und fanden am 19. Mai die Zustimmung der Bergarbeiter in Bochum, am 21. Mai sollten dann die Arbeiten überall aufgenommen werden. An diesem

Tage kamen aber telegraphische Nachrichten hierher, der Streik sei wieder ausgebrochen, weil die Grubenbesitzer das den Arbeitern gegebene Wort nicht gehalten hätten. Am 22. Mai suchte ich mit den Arbeiterdelegirten an Ort und Stelle festzustellen, auf welche thatsächlichen Vorgänge sie den Vorwurf der Untreue gegen die Zechenverwaltungen stützten. Keine einzige Zeche konnte mir angegeben werden, deren Verwaltung es abgelehnt hätte, die Abmachungen als verpflichtend für sie anzusehen; auch der größte Theil sonstiger Beschwerden konnte sofort als unbegründet widerlegt werden. So erwiderte der bekannte Bergarbeiter Weber, eine der bedeutendsten und beachtenswerthesten Personen aus dem Streik, daß auf der Zeche „Konstantin“ noch während der ersten Schicht mehrere Arbeiter abgelohnt worden seien. Thatsächlich war dies geschehen, weil sie entgegen der Anordnung des Oberbergamts mit anderen beurlaubten Arbeitern während der Schicht ausgefahren waren, und später wurden sie sogar, trotz dieses schweren Vergehens gegen die Disziplin, auf Wunsch des Direktors wieder angenommen. Herr Weber und die anderen Arbeiterdelegirten erklärten mir auf diese Darstellung, wenn sie Oberbergamts gewesen wären, hätten sie die Leute nicht wieder angenommen. (Hört! hört! rechts.) Ungeachtet jener unglückseligen Delegirtenversammlung in Bochum, die sich, wenn auch mit unbedeutender Majorität, für die Aufrechterhaltung des Streiks aussprach, hielten sich die Grubenbesitzer an die Abmachungen für gebunden und forderten die Arbeiter auf, bis zu einem bestimmten Tage zur Arbeit zurückzukehren; wer bis dahin nicht die Arbeit aufnehme, würde als ausgeschlossen angesehen werden. Kein Arbeiter, der sich während dieser Zeit gemeldet, ist zurückgewiesen worden. Es mögen aber immerhin wie auf Seiten der Arbeiter Ungezogenheiten, Unerschicklichkeiten seitens der Grubenbeamten vorgekommen sein. Wer kann dafür bürgen, daß in 150—160 Betrieben überall bis zu dem untersten Steiner die Stellen mit taftvollen Menschen besetzt sind? Einer der Redner meinte gestern mit einem pharisäischen Seitenblick, in Schlefien sei es nicht so schlimm wie in Westfalen. Richtig ist aber die Leidenschaftlichkeit hervorgerufen als in Waldenburg. Im niederrheinischen Bezirk finden sich alle guten und schlechten Seiten der Großindustrie, aber den Vergleich mit dem hiesigen Bergbau in Saarbrücken und dem Braunkohlenbergbau in Schlefien kann der Zustand in Rheinland-Westfalen wohl bestehen. Der westfälische Bergbau hat Jahre lang unter den größten Schwierigkeiten gearbeitet; es war von 1877/78—1887 der reine Kampf ums Dasein; man suchte nur das nöthige Geld zur Vöhrung zusammen zu bekommen. Das war für die Grubenbesitzer keine Zeit, um an die humanitären Aufgaben heranzutreten. Ich kann zu geben, daß sie mehr in dieser Beziehung hätten thun können, und ich stimme Herrn Dollfuß bei, daß mit der Zahlung des Lohnes die Pflichten des Arbeitgebers nicht beendet sind. Am Schlusse des 19. Jahrhunderts, in einem Staate, wo der allgemeine Volksunterricht seit einem Jahrhundert besteht, in einer von allen sozialen Fragen niemals durchgitterten Zeit ist es nicht mehr möglich, mit einem patriarchalischen Imperialismus den Frieden zwischen Arbeitern und Arbeitgebern aufrecht zu erhalten. Die Arbeitgeber müssen die Arbeiter als gleichberechtigt anerkennen (Beifall); sie müssen auch mit dem besten Herzen von der Welt das Vorurtheil aufgeben, durch Beherrschung der früheren Bedürfnisse allein für die Aufrechterhaltung des Friedens sorgen zu können. Ein freundliches Wort dem Arbeiter gegenüber wirkt oft viel mehr, als das Versprechen höheren Lohnes; ich habe das in jenen Nächten im Mai erfahren, wo ich mit nicht gerade friedfertig gesinnten Arbeitern zu verhandeln hatte. Am wenigsten kann für die Ablenkung der Gefahren die Befestigung des Reichs, des Staats, die Verwaltung thun; das müssen wir von einer freundlichen, muthigen Mitwirkung der Arbeitgeber erwarten. Insofern als die gestrigen und heutigen Verhandlungen dazu beitragen, die Aufmerksamkeit der Arbeitgeber auf die Erkenntnis und Erfüllung dieser Aufgabe zu richten, bin ich für dieselbe in hohem Maße dankbar, und ich spreche die Erwartung aus, daß sie auch ihre Früchte bringen werden. Was die Industriellen von Rheinland und Westfalen und die Grubendirektoren betrifft, so halte ich mich verpflichtet, Zeugnis davon abzulegen, daß sie an Ehrenhaftigkeit, Nüchternheit und militärischer Humanität allen übrigen Industriellen und Grubendirektoren sich an die Seite stellen können. Es ist ein Verdrehen, über diese ehrenhaften Männer hier so zu sprechen, wie es gestern von einer Stelle aus geschehen ist, und ich als ihr Landsmann müßte mich schämen, Jahre lang in onständigen Formen und freundlicher Weise mit ihnen verkehrt zu haben, wenn wirklich jene elende Karrikatur zuträfe, die gestern hier von ihnen gegeben ist. (Beifall, anhaltender Beifall.)

Präsident v. Lewkow: Ich muß den Herrn Redner darauf aufmerksam machen, daß das Wort „elende Karrikatur“ mit Bezug auf Aeußerungen von Mitgliedern dieses Hauses nicht angebracht ist.

Abg. Hammacher (fortfahrend): Ich kann alle einzelnen Anschuldigungen hier nicht widerlegen. Ich schließe mit dem Wort: dische mont! Es gilt das sowohl für die Arbeiter und deren Vertreter hier im Hause, als für die Arbeitgeber. Mögen die Arbeiter im Auge behalten, daß sie nur, wenn sie auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung bleiben und daß sie nur in einem friedlichen Zusammenwirken mit dem Kapital, mit Umsicht und Besonnenheit ihr Lebensglück befördern können, und mögen die Arbeitgeber die Pflicht erkennen, daß namentlich in der heutigen Zeit es notwendig ist, die alten Vorurtheile über Bord zu werfen und daß nur im Zusammenwirken mit den Arbeitern der Friede wieder ganz hergestellt werden kann! Dische mont!

Staatssekretär von Fötticher (der während der Rede des Abgeordneten Hammacher in den Saal getreten ist): Ich habe nur das Wort ergriffen, um einen Vorwurf des Herrn Vorredners zurückzuweisen. Der Herr Vorredner hat beklagt, daß ich bei seiner Rede nicht auf meinem Platze gewesen bin, daß die königlich preussische Regierung glaube, sich den Verhandlungen gegenüber negativ verhalten zu dürfen. Gätte ich nicht ein ganz bringendes Geschäft gehabt, so wäre ich schon bei Beginn der Diskussion an meinem Platze gewesen; ob dies aber dazu geführt hätte, mit dem Herrn Redner über die Ursachen der Bewegung zu diskutieren, ist etwas anderes; dazu steht das Material noch nicht zur Verfügung. Der Antrag Barth giebt an sich gar keine Veranlassung, eine derartige Diskussion zu führen, wie sie gestern und heute geführt worden ist. Derselbe ist ein Initiativantrag, und wir können doch unser Urtheil darüber nicht abgeben, ehe derselbe zum Beschlusse erhoben ist. Wenn aber auch die preussische Regierung seit gestern wissen konnte, daß der Rahmen der Verhandlungen ein sehr viel weiterer werden würde, als er in dem Antrage Barth lag, so war dieselbe doch nicht in der Lage, dasjenige Material zu bringen, das zu einer erschöpfenden Verhandlung nöthig ist. Bei meinem Eintritt in das Haus habe ich zufällig ein Schreiben von dem königlich preussischen Minister, der öffent-

lichen Arbeit und des Innern erhalten, das erste Schreiben, welches ich überhaupt in dieser Angelegenheit erhalten habe. Das Reich hat sich mit derselben noch nicht zu beschäftigen gehabt. Die preussische Regierung hat eine Enquete veranlassen, und es mußte geprüft werden, zu welchen Maßregeln dieselbe Anlaß gäbe; dann erst konnten die Maßregeln das Reich angehen. Aus dem Schreiben ergibt sich, daß die Enquete noch gar nicht beendet ist, doch also die Voraussetzungen, von welchen der Herr Vorredner ausgegangen ist, gar nicht zutreffen. Ich glaube es wird sehr gut sein, wenn man die Beendigung der Vorprüfung und die Anträge der preussischen Regierung im Bundesrathe und dem Reichstage gegenüber abwartet. Ich kann nur wünschen, daß diese Untersuchung, welche noch rüthständig ist, möglichst beschleunigt werde, damit volle Klarheit darüber im Lande verbreitet wird, welche Gründe Veranlassung zu der Streibewegung gegeben haben, und damit sich Jedermann ein Urtheil darüber bilden kann, welche Mittel nothwendig ergriffen werden müssen, um künftige Streibewegungen abzuwenden. Der Ernst, mit dem von der preussischen Regierung die Sache angegriffen ist, verbürgt, daß deren Haltung keine „negative“ ist. Die heutige Diskussion gibt mir die Gewähr wenigstens dafür, daß der Reichstag allen Ernstes bemüht sein wird, diejenigen Anträge zu unterstützen, welche künftighin von Seiten der verbündeten Regierungen auf diesem Gebiete gestellt werden. Aber: festina lente! Wollen Sie volle Klarheit, so warten Sie diese Anträge ab. Es ist hier eine Bemeisung gefallen, daß die Arbeiter nicht mit Vertrauen auf die Enquete blickten und Klagen darüber führten, wie dieselbe durchgeführt sei. Lassen Sie sich durch diese Klagen nicht beeinflussen, warten Sie ab, und urtheilen Sie dann objektiv, dann wird es gelingen, den Frieden herzustellen zwischen dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer, ein Wunsch, den Niemand in höherem Maße hegen kann, als die verbündeten Regierungen. (Beifall.)

Abg. Windthorst (Zentr.): Ich bin doch erfreut, daß endlich auch vom Bundesrathe ein Wort zur Sache gesprochen worden ist. Ich habe zu verschiednen Malen darauf aufmerksam gemacht, wie es im Lande aussähen mußte, daß die Ergebnisse der Untersuchung nicht zur Publikation gekommen seien. Immer haben die verbündeten Regierungen dazu geschwiegen. Der Grundsatz: festina lente! ist sehr schön, aber nicht, wenn die Sachen zur Entscheidung drängen, und jetzt gerade ist die Aufregung in den betreffenden Bezirken eine sehr große, und wenn bis zum Sonntag nicht eine Einigung wegen der Sperre herbeigeführt ist, so ist das Aeußerste zu befürchten. Nach den veröffentlichten Berichten ist die Befristung der Arbeiter eine friedliche, ja sie haben eine Kommission ernannt, um wegen der Aufhebung der Sperre mit den Arbeitgebern zu unterhandeln. Man erzählt man sich, die Bekehrten wollten auf keine Unterhandlungen eingehen. Ich erwarte nimmere von der Regierung, daß sie mit Ernst und Beschleunigung Anstalten trifft, um Organe hinzuzulernen, welche die Vermittler machen, und zwar Spezialkommissionen, denn Bureaukraten können solche Sachen nicht abmachen. Uebrigens bedauere ich, daß während dieser wichtigen Verhandlungen so viele Abgeordnete hier fehlen. (Rufe: Vom Centrum.) Sind denn die Herren Nationalliberalen da? (Weiter u.) Schlamm ist es ja, doch zugleich mit dem Reichstage verschiedene Landtage und Provinziallandtage versammelt sind. Dies müßte vermieden werden, und wenn deshalb auch die Regierungen mit den Vorlägen an den Reichstag mehr Maß halten sollten. (Weiter u.) Ja, meine Herren, ich bin in Erregung, aber ich habe die Dinge an Ort und Stelle gesehen, und da ist dies nicht anders möglich. In Bezug auf die Sache selbst muß man sehr vorsichtig seine Meinung aussprechen, denn viele Töne werden hier geblasen auf das, was in diesen Tagen hier verhandelt wird. Nach dem, was ich darüber weiß, kann ich annehmen, daß unsere Verhandlungen beruhigend wirken werden. Die Arbeiter setzen ihr Vertrauen auf Sr. Majestät den Kaiser, und ich bin überzeugt, daß er sein Wort wird einlösen wissen. Der Regierung aber kann ich den Vorwurf nicht ersparen, daß sie mit ihren Maßnahmen nicht schnell genug vorgeht. Für den Ausbruch des Streiks hat Herr Hammacher und gestern Herr Kleine die dortige Presse verantwortlich gemacht. Nun, die Artikel auf die man sich bezieht, sind lange vor dem Ausbruch des Streiks geschrieben, auch, wie ich überzeugt bin, aus dem Zusammenhange gerissen. Nur ein bewushtes Zusammengehen der Arbeitgeber und der Arbeiter kann eine Lösung schwebender Fragen herbeiführen. In der Zeitschrift „Eisen und Kohle“ sind die bestehenden Mißstände ausführlich erzählt, auch Mittel gegen dieselben genannt. Es wäre interessant gewesen, hierüber an dieser Stelle von sachverständiger Seite Näheres zu hören. Auch die Regierung mußte den Artikel doch wohl beachten, wie sie sich überhaupt durch Sachverständige informieren muß. Die Anträge hier einer Kommission zu übergeben, halte ich nicht für angebracht. Der Angelegenheit des Reichstages ist wenigstens ich nicht, kann daher jetzt noch kein Urtheil darüber abgeben. Die Schrift des Herrn Dr. Rostorff in dieser Angelegenheit aber kenne ich, und muß sagen, sie ist eine einseitige Parteilichkeit, von einem eifrigen Kämpfer verfaßt. Auch Herr Hammacher hat sich hierüber nicht ganz freimachen können; er hat in dieser Sache die Centrumspartei gewissermaßen von den anderen Parteien getrennt. Ich glaube aber im Ganzen, daß ich a. B. viel dazu beitragen werde, daß die Ruhe wieder hergestellt würde, auch Herrn Dr. Franz Wehmann als Grubendefizier hat zu der Aufrechterhaltung der Ruhe in Schlesien viel beigetragen. In Schlesien hat man aber auch an eine Sperre nicht gedacht. Deshalb blieb auch dort die Ruhe bestehen. Ich möchte allen Arbeitgebern zurufen: Hebt die Sperre auf, auch sonst sorgt für Freiheit bei den Wahlen, bei Ausübung der Religion! Geben Sie uns die Orden wieder! (Beifall im Centrum.) Das wird den Frieden herstellen. Fragen Sie nicht nach den Stützen der Ocoen, sondern danach, was sie gewirkt haben. An die Arbeiter richte ich die Mahnung, jeden Gedanken an Gewaltthaten lassen zu lassen. Sie sollten nicht den Spruch verurtheilen: Wer das Schwert braucht, kommt durch das Schwert um! Sie sollten bedenken, daß sie ohne die Mitwirkung der Arbeiter, eben sich und ihre Familie nicht ernähren können. Wenn Arbeiter und Arbeitgeber in Harmonie zusammen wirken und die Regierung geeignete Maßregeln zur Vermittlung trifft, so werden wir zu den ruhigen Zuständen in der Industrie gelangen, welche die unerlässliche Grundlage jeder gesunden Entwicklung sind. (Beifall im Centrum.)

Abg. Haarmann (nail.): Wenn Herr Stöckel von der ultramontanen Pöffe sagt, daß sie zum Feind gemacht worden, so ist das richtig, im Sinne des Antiochus, der zu den Römern sagt: Brutus ist ein ehrenwerther Mann, ehrenwerth sind sie alle. Im allgemeinen sind die wälfischen Bergwerksbesitzer hier schlecht weggenommen. Herr Frank hat sie als böse Buben gegenüber den unschuldigen Kindern in Schlesien hergestellt. In Westfalen ist man der gegenseitigen Meinung, und der Verlauf der Bewegung in Westfalen und in Schlesien hat eher der letzteren Auffassung Recht gegeben. Von der Beilegung der Sozialdemokratie an dieser Gelegenheit habe ich nichts Gutes erwartet. Ich bin darüber beruhigt nach den gezeigten Ausführungen des Abg. Frohme. Solche maßlosen Uebertreibungen von innen die weiteste Verbreitung und werden als solche überall in Westfalen erkannt werden. Fahren Sie fort, Herr Frohme, so überheben Sie die staatsverfallenden Parteien der Ruhe, ihren Agitationen entgegenzuwirken. Im Bergbau sind die Verhältnisse nicht schlechter, als in anderen Gewerkschaften im Gegentheil ist das Verhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitgeber besser als anderswo, und selbst die verheerenden Sprache der ultramontanen Presse hat die westfälischen Arbeiter nicht vermocht, von ihrem ruhigen und besonnenen Vorgehen abzuweichen; sie haben sich dadurch ein glänzendes Zeugnis

ausgestellt. Herr Schmidt hat gemeint, das Gefühl, zu Ueberschichten gezwungen zu sein, habe viel zur Unzufriedenheit beigetragen. Weiß denn Herr Schmidt nicht, daß die Arbeiter die größten Freunde der Ueberschichten sind? Gerade sie wollen dieselben nicht fallen lassen. Was den vorliegenden Antrag betrifft, so kann ich versichern, daß, wenn in Bezug auf die Bergleute eine Ausnahme-Gesetzgebung besteht, dieselbe zum Segen der Arbeiterkassen wirkt, und daß die Arbeiter selbst ihr Wohlwollen zeigen. Das geht schon daraus hervor, daß auch nicht eine Petition für den Antrag eingelaufen ist. Die amtliche Untersuchung erstreckt sich auch auf den von ihm berührten Punkt. Das müßte doch denen genügen, denen es nur um Befriedigung der bestehenden Mißbräuche zu thun ist. Sicher aber werden die Grubendefizier und die Beamten in Zukunft Alles vermeiden, was in Bezug auf die Arbeiterkassen als mißlieblich bei den Arbeitern angesehen werden können. Der Vorstand des Vereins für die bergbaulichen Interessen für Rheinland und Westfalen hat in seiner Erklärung vom 18. Mai Besprechungen in dieser Richtung gemacht, und es wird Sache der Grubendefizier sein, alle ihre Besprechungen aufs Pünktlichste zu erfüllen. (Beifall.)

Ein Salukontrag wird angenommen. Während der Abstimmung über denselben meldet sich Abg. Singer zur Geschäftsordnung.

Abg. Singer: Ich halte mich schon vor der Abstimmung am Wort zur Geschäftsordnung gemeldet. Ich beweise die Beschlußfähigkeit des Hauses, da nur durch den Schluß der Diskussion die Widerlegung der gegen meine Partei gerichteten Angriffe unmöglich gemacht wird.

Präsident v. Lowenow: Ich habe den Schluß bereits proklamirt. Der Abg. Singer hat sich erst während der Abstimmung zum Wort gemeldet, ich bedauere daher, dem Zweifel an die Beschlußfähigkeit nicht Folge geben zu können. (Beifall rechts.)

Abg. Schmidt (persönlich): Der Abg. Hammacher behauptet, er sei sofort zu den Verhandlungen mit den Bergarbeitern hier bereit gewesen. Ich habe das Gegentheil auch nicht behauptet, aber vorher, ehe die Verhandlungen begonnen hatten, bezweifelte er, daß sie einen Zweck hätten. Nach Beginn der Verhandlungen war er allerdings auf abermalige Aufforderung des Abg. Baumbach sofort bereit. Vielleicht bestätigt auch der Abg. Hammacher, daß wir in dieser Angelegenheit keine Parteilichkeit erbracht haben. Der Abg. Hammacher beklagt sich ferner über die Erniedrigung und falsche Beurtheilung der Grubendefizier, die gestern hier erfolgt sei. Vielleicht wird er mir bestätigen, daß er mich dabei nicht gemeint hat.

Abg. Hammacher: Ich bestätige gern, daß meine Zurückweisung eines gestern erfolgten sehr heftigen und unbedingten Angriffs auf die Bergwerksbeamten sich nicht auf die Rede des Abg. Schmidt bezog. Ich bestätige ferner die Loyalität der Mitwirkung des Herrn Baumbach und Schmidt bei den Verhandlungen mit der Bergarbeiterdeputation, und namentlich auch das, daß sie sich hierbei von keinen parteipolitischen Gesichtspunkten haben leiten lassen.

Abg. Letzow (zur Geschäftsordnung): Ich konstatire, daß ich, obwohl ich mich gestern und heute zum Worte gemeldet hatte, durch den Schluß nicht zu Worte gekommen und dadurch verhindert bin, die ober-schlesischen Zustände zu schildern. Als dem Abg. Baumbach das Schlusswort erteilt wird, entsteht im Hause Unruhe.

Abg. Baumbach (str.): Sie werden doch gestatten, daß, nachdem zwei Tage lang über unseren Antrag verhandelt ist, wir auch noch ein Wort dazu sprechen. Das durch unseren Antrag der große Kohlenstreik überhaupt hier zur Sprache gekommen ist, kann unsere Partei als ein Verdienst für sich in Ansp. anzunehmen. Die Art und Weise, wie wir für den Antrag eingetreten sind, schließt den Vorwurf aus, als ob es sich für uns nicht um den Frieden zwischen Arbeitgebern und Arbeitern handle. Nach einer mir eben zugegangenen Depesche wird am nächsten Sonnabend in Bochum eine große Versammlung stattfinden, in welcher die Bergleute zur Verhütung eines Streiks und zur Befestigung der Sperrmaßregel Stellung nehmen werden. Ich bedauere, daß hier im Reichstage keine Mißbilligung der Sperrmaßregel erfolgt ist.

Ich widerspreche der Behauptung, daß mit dem Antrage der Zweck erreicht werde. Es ist ein Irrthum der Herren Geulicher und Haarmann, daß die Grubendefizier nur auf Verlangen den Arbeitern ein Zeugnis über ihre Führung im Absehrichlein erteilen können; ebenso wie sie auf Verlangen dazu verpflichtet sind, sind sie nach dem Gesetze auch berechtigt, ein solches Zeugnis auszustellen, wie es auch vielfach geschehen ist. Der Einwand gegen unsern Antrag, daß er vor den preussischen Landtag gehöre, ist einfach dadurch zu beseitigen, daß wir hinzufügen, die entgegenstehenden Bestimmungen der Landesgesetzgebung sind aufgehoben. Das der Absehrichlein mit Rücksicht auf den gefährlichen Betrieb nothwendig sei, ist unzutreffend; die Vorschrift hängt vielmehr mit dem Knappschaffenswesen zusammen. Im Interesse der Sicherheit müßte man die Legitimation von dem neuemitteten Arbeiter verlangen, nicht aber von dem, der im Bergwerk schon thätig gewesen. Daß die Arbeitsbücher zu ominösen Zeichen für die Arbeitgeber mißbraucht werden, geht auch aus den Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeitgeber hervor, die für die Abstellung der Mißbräuche sorgen zu wollen erklärten. Ist die Sperrmaßregel eine Rechtfertigung des Vertrauens, das die Herren Grubendefizier damals für sich verlangten? Dieselbe widerspricht auch der Zusicherung, daß den Arbeitern keinerlei Nachteile wegen ihrer Beteiligung am Streik entstehen sollten. Gerade die drei Bergarbeiter der Kaiserdeputation sind entlassen worden. Arbeiterauschüsse sind sowohl im Interesse der Arbeitgeber wie der Arbeiter. Diese Art der Organisation wäre eine Gelegenheit, den Arbeitern zu zeigen, daß sie gleichberechtigt mit den Arbeitgebern behandelt werden sollen und werden. Die persönliche Behandlung der Arbeiter, die skandalöse Wahlbeeinflussung u. s. w. müssen zu der elementaren Explosion, wie wir sie im Frühjahr erlebt haben, führen. Zur Vermeidung solcher Vorkommnisse schlagen Sie die Bestrafung des Kontraktbruches u. s. w. vor, mit dagegen Einigungsämter, freie Koalition der Arbeiter, vor allen Dingen freie Wahl der Arbeiter.

Damit schließt die erste Beratung.

Die zweite Beratung des Antrages wird ohne vorherige Kommissionsberatung im Plenum stattfinden.

Schluß nach 5 Uhr. Nächste Sitzung: Donnerstag, 12 Uhr. (Statt des Reichsenbarnames der Reichseisenbahndirektion.)

Tokales.

Fern von seiner Heimathstadt Berlin, auf der Insel Wiadi, ist vorgesehen Herr William Spindler, Bruder des Kommerzienraths Karl Spindler, gestorben. Die „Voss. Zig.“ schreibt hierzu: In früheren Jahren Mitinhaber der Firma W. Spindler, bei deren zahlreichen Beamten- und Arbeiterpersonal er sich durch sein liebenswürdiges Wesen, durch die feste Fürsorge für das Wohlbefinden aller seiner Untergebenen ein dauerndes ehrenvolles Andenken gesichert hat, moang ihn ein Verzeihen, sich von der geschäftlichen Thätigkeit zurückziehen. Er wählte die Insel im englischen Kanal, deren gleichmäßiges mildes Klima seiner Natur zusagte, zum dauernden Aufenthaltsort, wo er jäh seiner Krankheit erlegen ist. Seine Witwe benutzte vor im besten Mannesalter Dahingegangene zu thätigkeitsreichen Arbeiten, und namentlich war es die soziale Frage, die William Spindler im Sinne weitgehendster Zugeständnisse an den Arbeiterstand mit Vorliebe behandelte. Er

wird seinen vielen Freunden, die ihn als ein Muster schöner Menschlichkeit verehrten, unvergessen bleiben.

Die Lokalkommission für den Nieder-Garnmer Kreis macht bekannt, daß der Wirth Krause in Pankow, Wollschraube, sein Lokal durchaus nicht zu Versammlungen für Arbeiter herabgeben will.

Der Vorstand der Gastwirths-Innung zu Berlin hat nimmere an alle der Innung nicht angehörige Berliner Gastwirths in Gemäßheit der Innung verlassenen Rechte aus § 100f d. R.-G.-O. ein Kundscheiben gericht, in dem bekannt gegeben wird, daß für das Rechnungsjahr 1890 für die Wohlthatseinrichtungen die Summe von 11 250 M. (und zwar für Arbeitsnachweis 5700 M., für Fachschule 4600 M., für Schiedsgericht 950 M.) aufzubringen ist, daß jeder Verpflichtete gleichmäßig hierzu einen Kostenbeitrag von 4,50 M. zu entrichten habe, und daß am 1. Februar 1890 mit der Gebühre der fälligen Beiträge begonnen werden wird.

Als neuesten Beitrag zur „politischen Landeskarte“ wird uns folgendes geschrieben: Auf einem Neubau in der Frankfurterstraße wurde der Thoreingang überwölbt, wobei, wie es allgemein üblich ist, von den beschäftigten Gesellen ein Kreuz an dieser Stelle aufgehängt wurde. An diesem Blumenkranz waren rothe und blaue Schleifen angebracht. Nach einiger Zeit machte der Herr Polizeikommissar, welcher energisch die Entfernung der rothen Schleife verlangte, während der Kreuz und das blaue Band die polizeiliche Erlaubnis als Bauschmuck erhalten. Der polizeilichen Aufforderung zum Entfernen der rothen Schleife wurde denn auch von den Maurern in der Art Folge geleistet, daß dieselben erklärten: Wenn die rothe Schleife weg muß, dann kann auch der ganze Kranz herunter. Und so geschah es! Die Maurer sollen sich nach diesem polizeilichen Einschreiten sofort zu „Haarshaltenden“ Befinnungen bekehrt haben.

Der Raubmörder der Frau Stehl ist entdeckt. Noch im Laufe des Monats ist es den mit den Nachforschungen beauftragten Kriminalbeamten, Inspektor Stüme und Kommissarien Höhn und Müller gelungen, den Mörder in der Person des 18jährigen Max Carlsburg, des Neffen der Ermordeten, zu ermitteln. Die Widersprüche in einigen Ausstellungen des jungen Menschen waren schon aufgefallen, und nachdem die Recherchen ergeben, daß Max Carlsburg für sein jugendliches Alter schon recht weit auf der Bahn des Verbrechens vorgeschritten war — er ist schon wiederholt wegen Diebstahls mit Gefängnis bestraft — wurden die Nachforschungen nach ihm sofort aufgenommen. Er war bei einem Möbelaufleger in der Nähe des Alexanderplatzes als Möbelaufleger beschäftigt; hier hatte er sich aber in den letzten Tagen nicht mehr gesehen lassen und so blieben die Recherchen nach ihm vorläufig erfolglos. Die Ermittlungen nach dem, dem Chambregarnisten gestohlenen Anzug waren Montag Abend noch von Erfolg gekrönt. Der Anzug war für 7 M. bei einem Pfandleiher verpfändet worden und zwar auf den Namen — Carlsburg. Es ergab sich mit die „Post“ meldet, ferner, daß als Legitimation das Dienbuch des Carlsburg vorgezeigt worden war und daß die Beschreibung, welche der Pfandleiher von dem Verleher auf Carlsburg gabte. Alle Zweifel, daß Carlsburg der Mörder sein müsse, schwanden, als die Schweiße desselben die Theilnahme machte, daß ihr Bruder des Nachmittags mit einem hochlobenfarbenen, großgestreiften Anzug zu ihr gekommen sei und sie gebeten habe, ihm doch den Anzug aufzubewahren. Da sie aber das Vorleben des Menschen kannte, und annahm, daß er den Anzug gestohlen habe, sagte sie ihm, so wolle damit nichts zu schaffen haben und wies ihn ab. Dann wollte Carlsburg eine Steuerquittung haben, um dieselbe als Legitimation beim Verleher zu benutzen; da ihm auch diese verweigert wurde, verließ er den Anzug auf dem Pfandlohn hin. Dann besah er sich zu dem in der Neuen Friedrichstraße wohnhaften Gendarmenverleher Puhmann und vermittelte bei noch Bombern in der Nähe von Gütrow als Knack. Noch den Nachmittag hat er Berlin verlassen wollen, um gleich seine Stellung anzutreten. — Wie der „L.-A.“ meldet, ist Carlsburg bereits gestern Abend gegen 6 Uhr von der Polizei in Laage in Mecklenburg festgenommen worden. Im Laufe des Tages wird jedenfalls der gerichtliche Verhaftsbefehl gegen Carlsburg erlassen werden und seine Ueberführung nach Berlin ungehindert erfolgen.

Ueber den Lebenslauf des Carlsburg berichtet eine Lokalcorrespondenz noch folgendes: Er ist der drittälteste von 8 lebenden Kindern des vor mehreren Jahren verstorbenen Bruders der Ermordeten, des Schneiders Carlsburg. Der junge Mensch hat schon als Kind Neigung zum Leichtsinne gezeigt, welcher ihm weder durch Strafen noch durch Milde auszubreiten war. Ein Vierteljahr hindurch bestand sich C. bei einem Schneider in der Lehre, hielt die jedoch nicht aus und verdingte sich sodann als Laufbursche, in vor drei Jahren bei Neumann in der Blumenstr. 8. Nachdem C. schon einmal wegen Diebstahls mit 6 Wochen Gefängnis bestraft worden war und nach Verbüßung dieser Strafe immer nur kurze Zeit gearbeitet, verließ derselbe am 1. November die Wohnung der Mutter, weil er sich mit seinen Schwägern nicht vertragen konnte und zog auf Schlafstelle nach der Blumenstr. 9, wo er sich seiner Wirthin gegenüber sehr ordentlich und solid betrug. Am Montag, den 25. November, leitete C. die Arbeit in der Metall-Ofen-Stanzerei Blumenstr. 10, war er 8 Wochen hindurch thätig war, nieder und trieb sich dieser Zeit arbeitslos umher. Da dies seiner Wirthin, Frau M., aufstieß, so machte sie dem C. Vorwürfe über sein unruhiges Leben, welche der junge Mensch ruhig hinnahm. Am Sonnabend lehrte C. zu Frau M. zurück und erklärte, daß er Stellung nach außerhalb als Knecht angenommen habe. — Er verließ erst sein Zimmer am Sonntag früh mit der Erklärung, daß er ihr die rückständige schuldige Miete und Verpflanzungsgeld am Montag bezahlen wolle, da er von dem Wirthskomptoir, durch welches er Stellung genommen, Vorkauf erhalten werde. Sonntag Mittag kam C. zu seiner in der Langestr. 10 wohnenden Mutter, als dort zu Mittag, wie er verließ deren Wohnung gegen 2 Uhr, um, wie er sagte, die Tante Stehl zu besuchen. Wo C. sich die Nacht vom Sonntag zu Montag aufgehalten, ist bis jetzt noch nicht ermittelt; am Montag früh erschien er wieder in der mütterlichen Wohnung und begab sich nach kurzem Aufenthalt zu seiner Schwägerin in der Rüdersdorferstraße, wo er sich eine Steuerquittung erbat, um einen Anzug — den er auch zeigte, es war Deers — zu verlegen, erhielt dieselbe aber nicht. Am Montag Abend fuhr C. vom Sietziner Bahnhof aus mit mehreren Kameraden nach seiner neuen Arbeitsstätte, verließ aber den Zug schon in Angermünde. C. ist kein zu Gewaltthätigkeiten geneigter Mensch, es ist daher auch unwahrscheinlich, daß derselbe den Mord geplant habe. C. ist wahrscheinlich schon am 3 Uhr in die St. Ise Wohnung gekommen, hat von der Tante gehört, daß Beer bereit sei und ist dann bis zur Dunkelheit bei der Witwe geblieben. — Er hat dann den Anzug des Chambregarnisten zu stellen gesucht, ist, so nimmt man an, dabei von Frau St. überrascht worden und in der Angst, daß ihn dieselbe der Polizei übergeben werde, hat C. die Frau mit dem Beil rüchlings niedergeschlagen und hat dann, wie von den Furien gejagt, nachdem er noch mitgenommen, was im Wege stand, die Flucht ergriffen.

Selbstmord. Ein grauenerregender Anblick bot sich gestern früh gegen 10 Uhr den zahlreichen Besuchern des Museums. In einem Gebüsch des Lustgartens, in der Nähe des erwähnten Gebäudes, bemerkte man die Leiche eines etwa 42jährigen Mannes an einem Baum hängend. Der Beobachters, welcher anscheinend dem Arbeiterstande angehörte, mochte bei welcher im Laufe der Nacht den Tod gegeben haben, da die Aufindung desselben bereits die Todesstarr angebeten war. Durch Museumsbeamte wurde sofort die Polizei von dem graufigen Fund benachrichtigt, welche den unglücklichen

